



Sächsischer Landtag

61. Sitzung

5. Wahlperiode

Beginn: 10:01 Uhr

Freitag, 7. September 2012, Plenarsaal

Schluss: 13:02 Uhr

Inhaltsverzeichnis

0	Eröffnung		Jens Michel, CDU	6149
	Änderung der Tagesordnung	6124	Johannes Lichdi, GRÜNE	6150
			Jens Michel, CDU	6150
			Johannes Lichdi, GRÜNE	6150
			Jens Michel, CDU	6150
			Johannes Lichdi, GRÜNE	6150
			Jens Michel, CDU	6150
			Prof. Dr. Andreas Schmalfuß, FDP	6152
			Antje Hermenau, GRÜNE	6153
			Sebastian Scheel, DIE LINKE	6154
			Johannes Lichdi, GRÜNE	6155
			Sebastian Scheel, DIE LINKE	6155
			Johannes Lichdi, GRÜNE	6155
			Sebastian Scheel, DIE LINKE	6155
			Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen	6156
			Jens Michel, CDU	6157
			Überweisung der Drucksachen 5/9959 und 5/9950 an die Ausschüsse	6157
			Überweisung der Drucksache 5/9951 an die Ausschüsse	6157
			Nächste Landtagssitzung	6157
			Anlage	6158
			Schriftliche Beantwortung der Nachfrage zur Frage Nr. 6 der Abg. Eva Jähnigen, GRÜNE, aus der 58. Plenarsitzung	
			Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen	6158
			Schriftliche Beantwortung der Nachfrage zur Frage Nr. 5 des Abg. Heiko Kosel, DIE LINKE, aus der 58. Plenarsitzung	
			Sven Morlok, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit	6158
1	1. Lesung der Entwürfe			
	– Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 und die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 2013 und 2014 Drucksache 5/9949, Gesetzentwurf der Staatsregierung			
	– Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2013/2014 (Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 – HBG 2013/2014) Drucksache 5/9950, Gesetzentwurf der Staatsregierung			
	– Aechtes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Finanzausgleichs- gesetzes Drucksache 5/9951, Gesetzentwurf der Staatsregierung	6124		
	Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen	6124		
	Rico Gebhardt, DIE LINKE	6130		
	Steffen Flath, CDU	6133		
	Arne Schimmer, NPD	6137		
	Steffen Flath, CDU	6138		
	Martin Dulig, SPD	6138		
	Holger Zastrow, FDP	6140		
	Jürgen Gansel, NPD	6143		
	Holger Zastrow, FDP	6143		
	Antje Hermenau, GRÜNE	6144		
	Holger Apfel, NPD	6146		

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:01 Uhr)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 61. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages.

Folgende Abgeordnete haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Herr Herbst, Herr Mario Löffler, Herr Lehmann, Frau Nicolaus, Herr Schmidt und Frau Franke.

Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Dort sind zwei Tagesordnungspunkte für die Einbringung der drei Gesetzentwürfe vorgesehen. Mir liegt die Information vor – ich erinnere auch an die Diskussion unter unseren Parlamentarischen Geschäftsführern und im Präsidium –, dass die Fraktionen beabsichtigen, ihre jeweilige Stellungnahme in einem Beitrag abzugeben.

(Christian Piwarz, CDU: In einer Debatte!)

– In einer Debatte abzugeben.

Auch der Staatsminister der Finanzen wäre bereit, beide Einbringungsreden zu verbinden. Insofern ist es sinnvoll, beide Tagesordnungspunkte – selbstverständlich unter Beibehaltung der vereinbarten Redezeiten – zusammenzufassen. Dies ist nach § 79 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung jederzeit möglich.

Wenn es keinen Widerspruch gibt, verfahren wir so. – Widerspruch sehe ich nicht. Ich bedanke mich bei Ihnen.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: CDU bis zu 38 Minuten, DIE LINKE bis zu 29 Minuten, SPD bis zu 19 Minuten, FDP bis zu 19 Minuten, GRÜNE bis zu 17 Minuten, NPD bis zu 17 Minuten, Staatsregierung 45 Minuten.

Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Änderungsvorschläge zur oder Widerspruch gegen die Tagesordnung. Die Tagesordnung der 61. Sitzung ist damit bestätigt.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 1

1. Lesung der Entwürfe

– Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 und die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 2013 und 2014

Drucksache 5/9949, Gesetzentwurf der Staatsregierung

– Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2013/2014 (Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 – HBG 2013/2014)

Drucksache 5/9950, Gesetzentwurf der Staatsregierung

– Achstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes

Drucksache 5/9951, Gesetzentwurf der Staatsregierung

Für die Staatsregierung als Einreicherin spricht zunächst der Staatsminister der Finanzen, Herr Prof. Dr. Unland. Bitte, Herr Staatsminister.

Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! In den nächsten Monaten setzen wir die Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung unseres Landes. Sie entscheiden hierbei nicht nur über die kommenden zwei Jahre; mit dem Haushaltsbeschluss stellen Sie auch die Weichen für die Zukunft unseres Landes.

Die Bürger unseres Landes erwarten mit Recht von uns, dass wir die Weichen mit Weitblick stellen. Der Haus-

haltsentwurf der Staatsregierung bietet für eine langfristige und zuverlässige Politik zum Wohle Sachsens eine gute Grundlage.

Dieser Haushaltsentwurf basiert auf den bewährten finanzpolitischen Prioritäten:

Erstens: Die Einnahmen bestimmen die Ausgaben, nicht umgekehrt!

Zweitens: Die Handlungsfähigkeit bewahren!

Drittens: Die Generationengerechtigkeit leben!

Viertens: Die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit Sachsens stärken!

Durch die Orientierung an diesen Prinzipien ist es Sachsen gelungen, stets eine nachhaltige Haushaltspolitik zu verfolgen – eine nachhaltige Haushaltspolitik, die uns in die Lage versetzt, Chancen zu nutzen. Deshalb steht dieser Haushaltsentwurf unter der Überschrift: „Chancen nutzen!“.

Ich möchte gleich zu Beginn meiner Rede deutlich sagen: Mit diesem Entwurf für den Doppelhaushalt 2013/2014 können wir Chancen nutzen, die Sachsen nachhaltig stärken.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der Staatsregierung)

Es sind Chancen, die sich uns heute bieten und die es in dieser Form nicht mehr geben wird. Wir können – als Ergebnis unserer Haushaltspolitik! – Chancen ergreifen, während anderen dazu längst die Handlungsfähigkeit fehlt. Diese Chancen bieten sich uns beispielsweise durch den Exzellenzstatus der Technischen Universität Dresden, das Modellprojekt Elektromobilität, den Ausbau der Biotechnologie in Dresden und, und, und. Solche Gelegenheiten können wir nicht vorübergehen lassen. Diese Projekte sind wichtig für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Sachsen. Wenn wir diese Chancen ergreifen und in diese Projekte investieren, profitieren wir von unserer verantwortungsvollen Haushaltspolitik.

Lassen Sie mich aber zunächst die Eckdaten des Doppelhaushaltes 2013/2014 zusammenfassen: Das Haushaltsvolumen beträgt nach dem Entwurf der Staatsregierung 16,3 Milliarden Euro im Jahr 2013 und 16,9 Milliarden Euro im Jahr 2014. Dieser Doppelhaushalt hat einen Aufwuchs von rund 1 Milliarde Euro im Jahr 2013 und rund 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2014 gegenüber dem Beschluss zum Haushaltsplan 2012.

Auf der Einnahmenseite spielen dabei die erwartete Entwicklung der Steuereinnahmen, aber auch gewisse Sonderfaktoren eine Rolle. Die erwarteten Steuereinnahmen im Doppelhaushalt betreffend, höre ich gelegentlich den Vorwurf, die Staatsregierung sei zu optimistisch und ignoriere Risiken.

(Heiterkeit bei den LINKEN und der SPD –
Martin Dulig, SPD: Den
Vorwurf habe ich noch nie gehört!)

Das Gegenteil ist der Fall! Wie Sie wissen, unterziehen wir jedes halbe Jahr die Ergebnisse der Steuerschätzung einer Prüfung und berechnen die Auswirkungen auf den Freistaat und die sächsischen Kommunen. Wie üblich werden dabei auch Korrekturen vorgenommen,

(Antje Hermenau, GRÜNE: In der Tat!)

die beim „Arbeitskreis Steuerschätzung“ keine Berücksichtigung gefunden haben. Auch kürzlich, im Mai, wurde das nicht anders gehandhabt. Für die Ansätze der Steuereinnahmen im Doppelhaushalt heißt das im Einzelnen: Der absehbaren demografischen Entwicklung in Sachsen wurde Rechnung getragen. Es hat Korrekturen aufgrund zu erwartender Steuerrechtsänderungen gegeben. Risiken

im Länderfinanzausgleich sind berücksichtigt worden; ich erinnere insbesondere an die Auswirkungen des Zensus 2011. Und wie immer haben wir natürlich auch Abschlüsse für eine Abschwächung der Konjunktur vorgenommen.

Sie sehen also, an einer konservativen Veranschlagung der Steuereinnahmen im sächsischen Staatshaushalt hat sich auch für die Jahre 2013 und 2014 nichts geändert.

Dass die weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Sog der Probleme in Europa mit hoher Unsicherheit behaftet ist, brauche ich hier nicht im Detail zu skizzieren. Der ifo-Geschäftsklimaindex beispielsweise und weitere Indikatoren belegen dies – trotz der oft sehr guten Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen am Weltmarkt. Die Schulden- und Vertrauenskrise im Euro-Raum haben wir immer als *das* Elementarrisiko für das Wirtschaftswachstum und für die Finanzlage der öffentlichen Haushalte kommuniziert – und dass es kaum möglich ist, die Auswirkungen abzuschätzen und im Haushalt angemessen zu berücksichtigen. Auch daran hat sich nichts geändert.

Grundlage für ein solides Handeln der Staatsregierung können daher nicht verschiedene Extremszenarien einer Eskalation der Krise sein, aber ebenso wenig können wir diese Probleme ignorieren.

Die Einnahmen und Ausgaben werden aber auch durch Sondereffekte überzeichnet. Durch den Beginn der neuen EU-Förderperiode im Jahr 2014 kommt es zu Überlappungseffekten. 2014 stehen noch aus der alten Förderperiode zusätzlich zur neuen Förderperiode EU-Mittel im Umfang von 218 Millionen Euro zur Verfügung. Das heißt, die Absenkung der EU-Förderung auf rund zwei Drittel macht sich vollständig erst ab dem Haushaltsjahr 2016 bemerkbar.

Etwas anders gelagert sind die Sondereffekte durch gestiegene Bundeszuweisungen für unsere Kommunen, vor allem für die Grundsicherung im Alter und für die Kosten der Unterkunft. Das Haushaltsvolumen steigt dadurch zwar um 177 Millionen Euro gegenüber dem Ansatz im Jahr 2012; es handelt sich aber um durchlaufende Mittel, also um Bundeszuweisungen an die Kommunen, die über den Landeshaushalt laufen. Diese Einnahmen stehen dem Land nicht zur Verfügung, sie entlasten die kommunalen Haushalte.

Ein weiterer Effekt ist der kräftige Anstieg des kommunalen Finanzausgleichs. Das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs erhöht sich bis 2014 um rund 700 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2012. Diese Mittel erhöhen somit auch das Haushaltsvolumen, sie sind aber der gerechte Anteil der Kommunen an den Steuermehreinnahmen und stehen dem Landeshaushalt ebenfalls nicht zur Verfügung. Diese Sondereffekte begründen rund zwei Drittel des Anstiegs des Haushaltsvolumens im neuen gegenüber dem laufenden Doppelhaushalt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Freistaat ist und bleibt auch in der Zukunft handlungsfähig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Doppelhaushalt 2013/2014 ist bereits der vierte in Folge ohne Neuverschuldung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir nehmen seit dem Jahr 2006 keine neuen Schulden auf. Wir tilgen sogar Schulden, um die Pro-Kopfverschuldung konstant zu halten. Wir haben damit das erreicht, was sich andere in Europa und in Deutschland erst noch vorgenommen haben.

Mit dem Haushaltsentwurf schlägt die Staatsregierung vor, diese Politik auch in den nächsten beiden Jahren fortzusetzen. Wir wollen auch in Zukunft unser Geld investieren und nicht als Zinsen zu den Banken tragen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Durch diese Politik spart der Freistaat aktuell 755 Millionen Euro an Zinsen, die er sonst bei einer Pro-Kopfverschuldungshöhe der anderen neuen Länder zusätzlich aufbringen müsste.

Das allein reicht aber nicht aus. Nullverschuldung „heute“ ist zwar eine wichtige und unabdingbare Grundlage. Wir gehen jedoch noch einen Schritt weiter. Wir planen mittel- und langfristig im Voraus. Deshalb sichern wir unsere Handlungsfähigkeit auch durch eine finanzielle Vorsorge wie etwa Rücklagen ab. Gleichzeitig müssen wir effiziente Strukturen schaffen, die wir uns auch in Zukunft leisten können. Dazu zwingen uns bereits die strukturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die sicheren Einnahmen in Form von Transfermitteln des Bundes und der EU – wir haben das oft diskutiert – gehen immer weiter zurück. Damit wird der Haushalt kontinuierlich abhängiger vom Steueraufkommen und damit von unsicheren Faktoren wie Konjunkturschwankungen. Derzeit können die prognostizierten Steuermehreinnahmen die Rückgänge der Zuweisungen noch kompensieren. Der relative Anteil der Steuereinnahmen am Haushalt nimmt damit stetig zu. Das heißt, der Freistaat wird dadurch eigenständiger.

Dieser grundsätzlich positive Effekt hat allerdings auch eine Kehrseite: Ein wirtschaftlicher Abschwung wirkt sich somit stärker als bisher auf die Einnahmensituation des Freistaates aus. Um uns in Anbetracht dieser Rahmenbedingungen die Handlungsfähigkeit zu erhalten, müssen wir Vorkehrungen treffen:

Erstens: Wir dürfen beim notwendigen Umbau der Strukturen nicht nachlassen. Es bleibt das Ziel der Staatsregierung, die Zahl der Personalstellen an das Niveau der westdeutschen Flächenländer anzupassen. Die Steigerung der Personalausgaben von rund 3,7 Milliarden Euro im Jahr 2012 auf rund 4,1 Milliarden Euro im Jahr 2014 verdeutlicht diesen Handlungsbedarf.

Im Bereich der allgemeinen Verwaltung setzen wir den Stellenabbau konsequent fort. Den gesamten Bildungsbe- reich haben wir jedoch aus guten Gründen abgekoppelt und den Stellenabbau dort ausgesetzt.

Der sächsische Haushalt insgesamt unterliegt insbesondere durch gesetzliche Leistungen, die Abnahme von Drittmitteln sowie Personalausgaben bereits heute einer starken Bindung. Diese beträgt rund 95 %. Nur durch strukturelle Anpassungen können wir uns auch in Zukunft einen Bereich bewahren, über den wir mit Landesmitteln frei verfügen und politisch gestalten können.

Dass diese Politik einer konsequenten Anpassung der Strukturen richtig ist, können wir beobachten. Eine hohe Verschuldung führt in die Handlungsunfähigkeit. Einige Staaten in Europa haben in der Vergangenheit über ihre Verhältnisse gelebt. Diese können nun nicht einmal mehr ihre Zinsen ohne die Unterstützung ihrer europäischen Partner bezahlen. Sie müssen innerhalb kurzer Zeit schmerzhaft Anpassungsprozesse bewältigen. Dies führt auch zu gesellschaftlichen Verwerfungen und harten Einschnitten. Eine derartige Situation wollen wir für den Freistaat Sachsen nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir wollen vorausschauend handeln. Wir werden deshalb die notwendigen Strukturanpassungen mit dem richtigen Augenmaß und rechtzeitig durchführen.

Zweitens: Wir müssen uns auch weiterhin gegen konjunkturelle Risiken schützen. Deshalb haben wir in den vergangenen zwei Jahren einen Teil der Steuermehreinnahmen der Haushaltsausgleichsrücklage zugeführt. Diese steht uns nun vor allem bei konjunkturellen Einbrüchen als eiserne Reserve zur Verfügung.

Diese konsequente Politik vermag aber auch Gestaltungsspielräume zu eröffnen. Die Vorsorge und die nachhaltige Haushaltsführung eröffnen uns nun die Chance, in wichtige Zukunftsfelder unseres Landes zu investieren. Im Doppelhaushalt 2013/2014 soll im Umfang von rund 300 Millionen Euro auf die Haushaltsausgleichsrücklage zurückgegriffen werden, um einmalige Chancen wie die Exzellenzinitiative oder den Ausbau des Max-Planck-Institutes hier in Dresden zu ergreifen. Dafür ist der Rückgriff auf einen Teil der Haushaltsrücklage sinnvoll. Dennoch weist die Rücklage anschließend eine angemessene Höhe auf, die uns Handlungsfähigkeit für den Krisenfall gibt. Im Bundesvergleich ist sie beispielhaft, nur zwei weitere Bundesländer haben eine solche.

Um es in ein Bild zu fassen: Das sächsische Staatsschiff wird in Zukunft stärker von den Wellen der Konjunktur geschüttelt werden – im Guten wie im Schlechten, im Auf- wie im Abwärts. Bricht die Konjunktur ein, kann das Staatsschiff schnell auf Grund laufen. Aber wenn wir Vorsorge durch Rücklagen treffen, haben wir immer „eine Handbreit Wasser unter dem Kiel“. Nur so bleiben wir manövrier- und handlungsfähig, ohne in die Verschuldung gezwungen zu werden.

Meine Damen und Herren! Ein weiterer Eckpfeiler der sächsischen Finanzpolitik ist die Generationengerechtigkeit. Eine vorausschauende und nachhaltige Haushaltspolitik ist ganz im Sinne unserer Kinder und Enkel.

(Beifall bei der CDU, der
FDP und der Staatsregierung)

Sie müssen auch noch die Möglichkeit haben, eigene politische Schwerpunkte zu setzen. Es wäre in meinen Augen schlichtweg ungerecht, wenn sie ausschließlich damit befasst wären, unsere Schulden abzubauen.

(Beifall bei der CDU, der
FDP und der Staatsregierung)

Die Zukunftslasten müssen deshalb so gering wie möglich bleiben. Dazu gehört, keine neuen Schulden aufzunehmen, sondern Schulden zu tilgen, aber auch Vorsorge hinsichtlich der indirekten Schulden zu treffen.

Das Problem der indirekten Verschuldung ist eigentlich leicht zu erklären. Wenn ich im Frühjahr für den Sommer einen größeren Urlaub plane, muss ich vorher dafür Geld zurücklegen, sonst rutscht mein Konto ins Minus. Bei den Versorgungsausgaben ist es ähnlich. Wir wissen bereits heute, dass wir für unsere Beamten morgen Pensionen bezahlen müssen. Also sollten wir dafür ausreichend Vorsorge treffen. Sonst wird die Belastung für die nachfolgenden Generationen untragbar. Die Versorgungsausgaben werden sich bis zum Jahr 2020 mehr als verdoppeln. Das wird mittel- und langfristig eine erhebliche Belastung für den Haushalt darstellen. Deshalb haben wir den Generationenfonds eingerichtet. An diesem wichtigen Instrument, mit dem wir teilweise Vorsorge für diese künftigen Lasten treffen, wollen wir weiterhin festhalten. In den Jahren 2013 und 2014 werden deshalb jeweils rund 500 Millionen Euro veranschlagt.

Zum Gebot der Generationengerechtigkeit gehört aber auch, ein Verschuldungsverbot in die Sächsische Verfassung aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU,
der FDP und der Staatsregierung)

Darin sollten auch wichtige finanzpolitische Errungenschaften wie der Generationenfonds und die Haushaltsausgleichsrücklage verankert werden. Eine echte Schuldenbremse kann nur funktionieren, wenn im Haushalt für erkennbare Risiken Rücklagen gebildet werden. Schuldenbremse und Vorsorge sind daher zwei Seiten einer Medaille.

Meine Damen und Herren! Haushaltspolitik ist Mittel zum Zweck. Ein ausgeglichener Haushalt ist nicht das Ziel, sondern das Mittel, um Politik zu gestalten.

(Beifall bei der CDU, der
FDP und der Staatsregierung)

Nur durch eine solide Haushaltspolitik stehen uns die finanziellen Mittel zur Verfügung, um die Zukunft unseres Landes vorzubereiten. Dabei haben Bildung, Forschung und Entwicklung oberste Priorität.

(Beifall bei der CDU, der
FDP und der Staatsregierung)

In diesem Bereich sind die Ausgaben seit dem Jahr 1990, also seit über 20 Jahren, kontinuierlich gestiegen. Nach dem Entwurf der Staatsregierung wollen wir hierfür ab dem Jahr 2013 den Rekordwert von über 5 Milliarden Euro einsetzen. Das ist knapp ein Drittel unseres Gesamthaushaltes!

Auf die demografischen Entwicklungen in der Lehrerschaft und bei den Schülerzahlen haben wir mit dem Bildungspaket und unserem Haushaltsentwurf reagiert. Wir wollen unter anderem für die Ausbildung und Neueinstellung von Lehrern bis zum Jahr 2016 zusätzlich 570 Millionen Euro ausgeben,

(Beifall bei der CDU, der
FDP und der Staatsregierung)

davon in den Jahren 2013 und 2014 260 Millionen Euro.

Die folgenden Maßnahmen möchte ich besonders hervorheben:

Erstens: Die Ausbildungskapazitäten an den sächsischen Hochschulen steigen. Zukünftig können an den Universitäten Leipzig, Dresden und Chemnitz mindestens 1 700 junge Menschen pro Jahr ein Lehramtsstudium aufnehmen. Außerdem verbessern wir die räumlichen Voraussetzungen. So bauen wir für den Bildungscampus der Universität Leipzig an der Jahnallee bis zum Jahr 2015 mit rund 30 Millionen Euro ein neues Institutsgebäude.

Zweitens: Wir stellen doppelt so viel Referendarstellen wie bisher vorgesehen bereit. Die Zahl der Referendarstellen erhöht sich somit ab 2012 bis einschließlich dem Schuljahr 2014/2015 auf 2 050. Auch danach bleiben die Plätze für Referendare und Lehramtsanwärter stabil, da sich das Referendariat auf ein Jahr verkürzt.

Drittens: In den nächsten Jahren werden vermehrt Lehrer altersbedingt aus dem Schuldienst ausscheiden. Die Kapazitäten im Ausbildungsbereich werden so erhöht, dass der zukünftige Bedarf an Lehrern abgedeckt werden kann.

(Beifall bei der CDU, der
FDP und der Staatsregierung)

Sehr geehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir an dieser Stelle, auf aktuelle Forderungen der Interessenvertreter einzugehen, speziell auf die Forderung nach einer Altersteilzeit für Lehrer.

Ich möchte es ganz deutlich sagen: Die Altersteilzeit löst unsere Probleme nicht, sondern sie verschärft sie. Altersteilzeit leistet keinen Beitrag zur Sicherung der Unterrichtsversorgung. Im Gegenteil, wir werden in den nächsten Jahren steigende Altersabgänge haben.

(Cornelia Falken, DIE LINKE:
Dafür stellen Sie jetzt Rentner ein! –
Zuruf des Abg. Thomas Jurk, SPD)

Deshalb werden wir auch verstärkt Nachwuchslehrer einstellen. Durch eine Altersteilzeit würden wir aber zusätzlich mehr Lehrkräfte verlieren, als wir ausbilden

und einstellen können. Das gilt insbesondere für bestimmte Schularten und Mangelfächer.

Unser gemeinsames Ziel muss aber sein, die Unterrichtsversorgung im Interesse der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen –

(Zuruf der Abg. Dr. Eva-Maria Stange, SPD)

und nicht Partikularinteressen zu bedienen.

(Beifall bei der CDU und der FDP –
Proteste bei den LINKEN und der SPD)

Es muss deutlich gesagt werden: Altersteilzeit nach dem Modell der Interessenvertreter kostet Geld.

(Zuruf des Abg. Enrico Stange, DIE LINKE)

Geld, das man dem System Schule entzieht und dem System Rente zuführt. Damit werden Bildungsausgaben in Sozialausgaben umgewandelt.

(Thomas Jurk, SPD: Nein!)

Das ist aber nicht unser Ziel. Für uns hat Bildung Priorität.

(Beifall bei der CDU, der
FDP und der Staatsregierung)

Deshalb habe ich es auch abgelehnt, entsprechende Tarifverhandlungen zu führen. Im Übrigen haben die gleichen Interessenvertreter, die heute zum Streik aufrufen, vor ein paar Jahren noch vehement für die Aufhebung der Teilzeit und die Vollzeitbeschäftigung der Lehrer gekämpft,

(Dr. Eva-Maria Stange, SPD:
Das ist doch etwas ganz anderes! –
Rico Gebhardt, DIE LINKE:
Politik verändert sich manchmal!)

obwohl damals allen Beteiligten bewusst war, dass dadurch die Neueinstellung von Lehrern verhindert wird.

(Beifall bei der CDU, der
FDP und der Staatsregierung –
Zuruf der Abg. Dr. Eva-Maria Stange, SPD)

Aber auch über den Schulbereich hinaus gibt es im Bereich der Bildung, Forschung und Entwicklung erhebliche Zuwächse. Der Freistaat Sachsen hat sich seit der Wiedervereinigung zum Hightech-Bundesland entwickelt. Viele attraktive Arbeitsplätze in weltbekannten Unternehmen, unter anderem in der Automobil- und Halbleiterindustrie, wurden geschaffen.

Das Rückgrat für diese Entwicklung ist eine ausgeprägte und international konkurrenzfähige Forschungs- und Wissenschaftslandschaft. Wir sind das stärkste Wissenschaftsland der neuen Bundesländer. Die sächsischen Hochschulen sind Ausbildungsstätten und Motoren für unsere innovative und zukunftsfähige Wirtschaft. Die sächsische Forschungspolitik setzt dabei besondere Schwerpunkte in den Wachstums- und Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts, wie Maschinenbau, Nano- und

Mikroelektronik, organische Elektronik und Biotechnologie. Diese Strategie der Vernetzung führte die Technische Universität Dresden zu deutschlandweiter Exzellenz und internationaler Ausstrahlung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im Regierungsentwurf des Doppelhaushaltes 2013/2014 sind alle Maßnahmen abgebildet, die für den Ausbau der TU Dresden als einzige Exzellenzuniversität der neuen Flächenländer und für das erfolgreiche Exzellenzcluster der TU Chemnitz notwendig sind. Darüber hinaus investieren wir im Rahmen der Exzellenzinitiative auch in Baumaßnahmen. Als Beispiele für die TU Dresden seien hier genannt: der Neubau für einen Hochleistungsrechner ab dem Jahr 2013 für circa 40 Millionen Euro oder der Bau eines neuen Institutsgebäudes für die Physik hier in Dresden ab dem Jahr 2013 für rund 25 Millionen Euro.

Alle anderen Hochschulen im Freistaat profitieren ebenfalls von umfangreichen Investitionen. Neben dem Bildungscampus in Leipzig in der Jahnallee – ich erwähnte es vorhin bereits – seien als Beispiele genannt: der Umbau der alten Aktienspinnerei für die Entwicklung des Innenstadtcampus der TU Chemnitz, die Unterbringung der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät im Schlossplatzquartier an der TU-Bergakademie Freiberg, der Bau eines Laserlabors an der Hochschule Mittweida, die Sanierung sowie der Neubau des Instituts- und Lehrgebäudes für den Fachbereich Elektrotechnik und Informatik an der Hochschule in Zittau. Für den Hochschulbau stehen damit in jedem Jahr insgesamt jeweils rund 190 Millionen Euro zur Verfügung.

Darüber hinaus investieren wir in den Ausbau der Berufsakademien. Als Beispiel sei die Berufsakademie Plauen genannt,

(Beifall des Abg. Frank Heidan, CDU –
Heiterkeit bei den GRÜNEN – Frank Heidan,
CDU: Das ist wichtig, Herr Lichdi; so ist das!)

für die in den nächsten beiden Jahren circa 6 Millionen Euro eingeplant sind.

Häufig höre ich die Frage: Warum überhaupt Spitzenforschung in einem relativ kleinen und armen Land wie Sachsen?

(Johannes Lichdi GRÜNE: ... armen Land?)

Was bringt das den "normalen" Sachsen außerhalb der Hochschulen? Oder, um es flapsig zu formulieren: Warum so viel Geld für ein paar Professoren? Die Antwort heißt: Spitzenforschung schafft Arbeitsplätze. Während am Fuß der Innovationstreppe laufend Arbeitsplätze wegfallen, weil die Produktion mit älterer Technologie eingestellt oder ins Ausland verlagert wird, entstehen an der Spitze der Innovationstreppe ständig neue Arbeitsplätze, nicht nur für Hochschulabgänger, sondern auch für Facharbeiter oder Beschäftigte im Dienstleistungsbereich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit dem Jahr 1995 sind wir das Bundesland mit der höchsten Investiti-

onsquote. Auch für den nächsten Doppelhaushalt liegt diese mit geplanten 17,6 bzw. 17 % im deutschlandweiten Vergleich auf einem sehr hohen Niveau.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg.
Holger Zastrow und Torsten Herbst, FDP)

Wir verfolgen damit das Ziel, neben der Stärkung unserer heimischen Wirtschaft die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger zu steigern. Wir investieren in unsere Sportstätten, in unsere Kulturbauten, in den Städtebau und in die Denkmalpflege. Im Staatsstraßenbau werden die Ausgaben auf rund 186 Millionen Euro erhöht. Die Autobahn von Chemnitz nach Leipzig wird zügig weitergebaut. Für Hochwasserschutzprojekte werden in den nächsten beiden Jahren 220 Millionen Euro investiert.

Wir stellen uns aber auch den demografischen Herausforderungen. Die Investitionen in Krankenhäuser werden auf über 100 Millionen Euro jährlich erhöht. Eine vernünftige Gesundheitsversorgung ist sehr wichtig angesichts der Alterung unserer Gesellschaft. Im Bereich des demografischen Wandels sind zusätzlich Mittel in Höhe von knapp 10 Millionen Euro als Zuschüsse für regionale Entwicklungskonzepte vorgesehen. Mit ihnen sollen Projekte gefördert werden, die dazu beitragen, die Anpassung einer Region an den demografischen Wandel positiv zu bewältigen. Die Förderung zielt dabei insbesondere auf die Gebiete, die von Schrumpfungprozessen durch den demografischen Wandel besonders betroffen sind.

Meine Damen und Herren! So wie die Familien den Kern einer Gesellschaft bilden, so stellen die sächsischen Kommunen die Grundlage unseres Gemeinwesens dar. Es ist seit Anbeginn die Grundlage unserer Politik, die kommunale Ebene zu stärken und ihr eine im Freistaat vergleichbare Entwicklung zu ermöglichen. Wenn es dem Freistaat gut geht, profitieren auch die Kommunen davon. So steigen die Zuweisungen an die Kommunen auf die Rekordwerte von 5,5 Milliarden Euro im Jahr 2013 und 5,8 Milliarden Euro im Jahr 2014. Allein auf den kommunalen Finanzausgleich entfallen davon 2,85 Milliarden Euro im Jahr 2013 und 3,11 Milliarden Euro im Jahr 2014.

Mit der Anpassung der Gleichmäßigkeitsgrundsätze I und II sowie den erheblich aufgestockten Mitteln für Investitionen, insbesondere auch für den Schulhausbau, haben wir eine faire und ausgewogene Lösung für unsere Städte, Gemeinden und Landkreise gefunden. Wir wollen auf einer soliden Basis in den weiteren Ausbau des Freistaates investieren. Unser Ziel ist die Sicherung der Innovations- und Zukunftsfähigkeit Sachsens. Wir wollen eine international wettbewerbsfähige Wirtschaft. Das erhält bestehende und schafft neue Arbeitsplätze, nährt den Wohlstand und bringt nicht zuletzt soziale Sicherheit. Nur ein wirtschaftlich erfolgreiches Land kann weiterhin in Bildung investieren, die Infrastruktur erhalten, Kunst und Kultur fördern sowie den sozialen Zusammenhalt sichern. Deshalb ist ein wirtschaftlich erfolgreiches Land ein Kernpunkt unserer Politik.

In vielen dieser Politikfelder, die ich eben aufgelistet habe, hat Sachsen inzwischen Spitzenwerte erreicht; zuletzt wieder beim Bildungsmonitor, aber auch bei der staatlichen Forschungsförderung und den Ausgaben für Kultur ist Sachsen führend, und nicht zuletzt hat die Infrastruktur einen hervorragenden Ausbauzustand. Diese Erfolge gilt es zu sichern und, wenn möglich, auszubauen.

Nur das Erreichte zu bewahren kann aber nicht unser Ziel sein. Wer sich damit zufriedengibt, gerät schnell ins Hintertreffen. Die Schlüsselkompetenz zur Sicherung unserer Zukunft ist Innovationsfähigkeit. Sachsen muss sich seine Spitzenstellung immer wieder durch Innovationen erarbeiten.

(Beifall bei der CDU, der FDP und
des Staatsministers Markus Ulbig)

Wir wollen, dass der Freistaat Sachsen eine der innovativsten Regionen Europas wird. Sachsen bietet dafür erhebliches Potenzial: eine talentierte und motivierte Jugend, großartige Wissenschaftler, mutige Unternehmer und gut ausgebildete Fachkräfte. Der Freistaat Sachsen unterstützt die Herausbildung und Entwicklung dieser Potenziale und schafft hierfür feste Rahmenbedingungen. Wir investieren in die Bereiche, die den Bürgern im Freistaat wieder zugutekommen.

Die Beratungen und Diskussionen der kommenden Monate werden für uns alle mit erheblichen Kraftanstrengungen und einem hohen Zeitaufwand verbunden sein. Dies ist aber gut und richtig so, weil Sie am Ende dieses Jahres über den weiteren Weg des Freistaates entscheiden werden. Deshalb freue ich mich schon auf die Diskussionen mit Ihnen.

(Heiterkeit bei der SPD und den
GRÜNEN und Zurufe: Wir auch!)

Wir alle tragen eine große Verantwortung für unseren Freistaat und werden um die richtigen Lösungen ringen. Ich bin optimistisch, dass dies in einer sachlichen und konstruktiven Atmosphäre geschieht. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre stimmen mich sehr zuversichtlich. Ich plädiere für einen Haushalt, der für Innovations- und Zukunftsfähigkeit, für Handlungsfähigkeit und für Generationengerechtigkeit steht und der Chancen nutzt, die sich uns nur heute bieten.

(Beifall bei der CDU, der FDP
und der Staatsregierung)

Ich bin überzeugt, dass die Staatsregierung mit dem Entwurf zum Haushaltsgesetz einschließlich Haushaltsplan sowie dem Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zusammen mit dem FAG einen anspruchsvollen Vorschlag hierzu unterbreitet hat. Die Entscheidung liegt letztlich bei Ihnen, den Abgeordneten des Sächsischen Landtages. Lassen Sie uns gemeinsam den Freistaat Sachsen in eine erfolgreiche Zukunft führen und Chancen nutzen!

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU,
der FDP und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Der Haushalt, das Haushaltsbegleitgesetz und das Finanzausgleichsgesetz wurden für die Staatsregierung eingebracht durch Herrn Staatsminister Prof. Dr. Unland. – Wir kommen nun zur Aussprache in folgender Reihenfolge: DIE LINKE, CDU, SPD, FDP, GRÜNE, NPD.

Meine Damen und Herren! Wir beginnen mit der Fraktion DIE LINKE und das Wort ergreift Herr Kollege Gebhardt.

Rico Gebhardt, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir aus aktuellem Anlass eine kurze Vorbemerkung. Der zurückgetretene bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Thomas Colditz, beschrieb den Kommunikationsstil in seiner Fraktion bzw. zwischen Abgeordneten und Regierung so – Zitat –: „Man reibt sich heute nicht einmal mehr aneinander. Es ist wie bei einer Bergbahn. Eine fährt hoch, eine fährt runter. Man begegnet sich, man sieht sich, es gibt aber keine Berührung.“ Zitatende. Finanzminister Prof. Unland hat diese Unkultur in den Landtag hineingetragen. Erstmals seit 1990 beginnen wir die Haushaltsberatungen, ohne zuvor den Redewort des Regierungsvertreters erhalten zu haben. Das ist eine Stil- und Niveaulosigkeit sondergleichen. Schließlich handelt es sich allein schon vom zeitlichen Umfang her um eine Regierungserklärung, die hier diskutiert werden soll.

(Zurufe von der CDU)

Es ist ein Bruch mit parlamentarischen Gepflogenheiten und ein Tiefstand der politischen Kultur in Sachsen – die Reaktionen der CDU zeigen, dass das stimmt.

(Zuruf des Abg. Alexander Krauß, CDU)

Wahrscheinlich ist es aber nur – –

(Zuruf des Abg. Christian Piwarz, CDU)

– schlicht Ausdruck Ihrer tiefen Verunsicherung, wie Sie die nicht plausible Finanzpolitik – dazu komme ich noch in meiner Rede – der Öffentlichkeit erklären sollten.

(Beifall bei den LINKEN – Zurufe von der CDU)

Souveränes Regieren, Herr Piwarz, sieht anders aus und Sie werden sehen, es bringt Ihnen nichts – und damit bin ich beim Thema.

(Alexander Krauß, CDU: Lasst doch den Hahn die Reden halten, der konnte Stegreif-Reden halten! – Heiterkeit)

Meine Damen und Herren!

(Weitere Zurufe von der CDU)

Der Staatsminister für Finanzen hat soeben

(Weitere Zurufe von der CDU)

das Angebot der Staatsregierung für den Landeshaushalt 2013/2014 vorgestellt. Adressat ist formal der Landtag, de

facto aber sind es die Menschen in Sachsen, denn ihr Leben wird durch die Auswirkungen dieses Etats beeinflusst. Mit diesen konkreten Folgen haben wir uns als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung im Parlament zu befassen und nicht mit irgendwelchen ideologischen Vorlieben oder Abneigungen. Zu den Folgen des letzten Etats 2011/2012 gehörte es unter anderem, dass den sächsischen Polizistinnen und Polizisten und allen anderen Beamten das Jahreseinkommen um einige Prozente gekürzt wurde durch Streichung des Weihnachtsgeldes – ein Mosaikstein des Dauermobblings dieser Staatsregierung gegen die Bediensteten des öffentlichen Dienstes.

(Vereinzelt Beifall bei den LINKEN –
Widerspruch bei der CDU)

Da kommt Stimmung auf – aber keine gute! Das CDU-Mitglied Thomas Giesen, früherer langjähriger Datenschutzbeauftragter dieses Landes, fasste es unlängst bei einer Sachverständigenanhörung des Landtages so zusammen – Zitat –: „Ich kenne keinen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, der sagt, hier bei uns ist es toll, da ist gute Stimmung, wir ziehen los. Das war vor zehn oder 20 Jahren völlig anders.“

(Alexander Krauß, CDU: So?!)

Abschließend sagte Giesen: „Das ist kein schöner Befund.“ Der Befund ist auch außerhalb des öffentlichen Dienstes in Sachsen nicht erbaulicher. Zwei Drittel aller sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten in Sachsen verdienen maximal 2 500 Euro brutto im Monat und gehören damit zu der Gruppe der Bevölkerung, die nach den Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums in Zukunft von Altersarmut bedroht sein wird.

So viel schlaglichtartig zu Ihren Visionen, Herr Tillich und Herr Morlok, aus Sachsen ein Geberland zu machen. Engagieren Sie sich lieber mit uns gemeinsam für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn und ein Vergabegesetz des Landes, das dafür sorgt, dass künftig nicht mehr mit Aufträgen des Freistaates, also Steuergeldern, Lohndumping unterstützt wird.

(Beifall bei den LINKEN und der SPD)

Dann, Herr Ministerpräsident, werden in Sachsen nicht nur die schnellsten Autos und die teuersten Uhren produziert, sondern auch gekauft. Bei „Reichtum für alle“ haben Sie meine volle Unterstützung.

(Beifall bei den LINKEN)

In Sachsen wird den Menschen für gute Arbeit oft nicht das gegeben, was ihnen zusteht. Zugleich haben Sie, die Koalition von CDU und FDP, auch noch die Axt an die Wurzeln des sozialen Zusammenhalts gelegt.

(Christian Piwarz, CDU: Das jetzt wieder!)

Denn im ersten Etatentwurf dieser Koalitionsregierung für die Jahre 2011 und 2012 wurde der Sozialhaushalt um 13 % zusammengestrichen. Diese Untat, wie auch die anderen Untaten, haben Sie mit dem nun vorliegenden

Doppelhaushaltsentwurf 2013/2014 keineswegs zurückgenommen, wie es sich gehört hätte. Ich neige zwar von Haus aus dazu, auch bei meinen politischen Gegnern immer etwas Positives zu sehen, weil niemand allein die Wahrheit gepachtet hat –

(Einzelbeifall bei der CDU)

das aber, werter Herr Prof. Unland, was Sie uns hier zur 1. Lesung vorgelegt haben, lässt sich beim besten Willen nicht belobigen.

(Uta Windisch, CDU: Wo hat denn das in der Rede gestanden?!)

Denn Sie waren es, die mit der Begründung, es seien zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie des drohenden Rückgangs der Einnahmen schmerzhaft Einschnitte unumgänglich, der damaligen Welle des Protestes mit maximaler Gnadenlosigkeit begegneten. Diese Rechtfertigungsstrategie der Staatsregierung gehört in der Haushaltsgeschichte des Freistaates in das Kapitel Legendenbildung. Mit einigen wenigen Zahlen kann man diese Legende zerstören.

Das Haushaltsjahr 2011 sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 15,5 Milliarden Euro vor. Inzwischen gibt es eine Ist-Betrachtung dieses Haushaltsjahres 2011. Diese besagt Folgendes: 16,9 Milliarden Euro eingenommen und 16,5 Milliarden Euro ausgegeben. Im Ergebnis war das von Ihnen heraufbeschworene haushaltspolitische Katastrophenjahr 2011 das drittbeste Einnahmenjahr seit 1990 und wies das fünfthöchste Ausgabenvolumen eines Haushaltes seit 1990 aus.

(Beifall bei den LINKEN,
der SPD und den GRÜNEN)

Seriosität und Solidität sehen anders aus. Aber vor allem wird deutlich,

(Zuruf des Abg. Alexander Krauß, CDU)

dass, aufbauend auf Ihren Annahmen, planvolles Handeln nicht möglich war. Ausgehend von dieser Erkenntnis werden Sie verstehen, Herr Minister, dass wir mit gesundem Misstrauen und der gebotenen Vorsicht Ihre heutigen Aussagen zur Entwicklung des Haushaltes für 2013/2014 bewerten. Dennoch ist es notwendig, noch einen weiteren Aspekt der vergangenen Haushaltsperiode zu beleuchten. Falls doch angesichts der enormen Differenz von 1,5 Milliarden Euro ein Plan Ihrerseits bestand, dann konnte das nur folgender sein: Der Haushalt 2011/2012 war ein Wahlkampfhaushaltsplan. Ausgehend von den absurd niedrigen und falschen Planzahlen soll jetzt ein Aufwuchs simuliert werden, der praktisch nicht existiert.

(Beifall bei den LINKEN)

Dafür haben Sie, wie auch der DGB feststellte, einen Flurschaden in der Gesellschaft angerichtet, den Sie mit diesem Doppelhaushalt bei Weitem nicht beseitigen. Im Vergleich zu den realen Zahlen des Jahres 2011 sinkt das Volumen im Jahr 2013 um 200 Millionen Euro. Das ist die Wirklichkeit.

Ihre Kommunikation ist zugegebenermaßen nicht ungeschickt. Dennoch ist für jeden, der es sehen möchte, erkennbar: Der Freistaat verhält sich wie jene Vermögenden, die sich arm rechnen, um keinen Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft nachkommen zu müssen, und das ist schädlich.

(Beifall bei den LINKEN und der SPD)

Zu Ihren Pflichten würde es jetzt gehören, Ihre bildungspolitische Irrfahrt zu beenden, deren Ziel lautet: Sie, CDU und FDP, wollen in Sachsen die besten Schulen mit den deutschlandweit am schlechtesten bezahlten Lehrerinnen und Lehrern schaffen, ganz zu schweigen von den defizitären Arbeitsbedingungen – das kann nicht funktionieren.

(Beifall bei den LINKEN –
Zuruf des Abg. Alexander Krauß, CDU)

Das kann nicht funktionieren.

(Zuruf von den LINKEN: So ist es! –
Beifall bei den LINKEN)

Der geschätzte Kollege Colditz aus meiner Heimatstadt Aue hat es erkannt. Er hat – da der notwendige Erkenntnisfortschritt im Kabinett Tillich ausgeblieben ist – die Konsequenzen gezogen und die Verantwortung für die Schulpolitik der CDU-Fraktion abgegeben. Dafür gebührt Herrn Colditz höchster Respekt, denn diese Bildungspolitik ist tatsächlich mehr als unverantwortlich.

(Beifall bei den LINKEN,
der SPD und den GRÜNEN)

Für die Schule brauchen wir eine deutlich größere Anzahl an Referendarstellen und deutlich mehr Einstellungen von Lehrkräften. Die jetzt im Haushalt eingestellten Mittel für Unterrichtsgarantien in Höhe von 2,8 bzw. 4,1 Millionen Euro, um Vertretungskräfte mit und ohne Lehrbefähigung durch die Schulleiterinnen und Schulleiter einstellen zu lassen, sind die Folgen Ihrer verfehlten Schulpolitik der letzten Jahre.

(Beifall bei den LINKEN und der SPD)

Herr Michel, Sie erklärten für die CDU-Fraktion: keine Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen.

(Jens Michel, CDU: Das werde ich heute wiederholen!)

Darin haben Sie große Unterstützung in meiner Fraktion. Ich frage Sie: Mit welchem Standortvorteil wollen Sie denn im Wettbewerb um die immer mehr umworbenen ausgebildeten Referendare kämpfen? Gehalt? – Fehlanzeige. Kleine Klassen? – Fehlanzeige. Durchlässige Bildungsangebote in Sachsen? – Fehlanzeige. Hochtechnologien im Unterricht? – Fehlanzeige. Die Ministerin philosophiert dann auch noch im Fernsehen: Man müsste mal was tun. Hallo! Sind Sie nicht die Staatsregierung, die laufen muss?

(Lebhafter Beifall bei den LINKEN,
der SPD und den GRÜNEN –
Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Bei der frühkindlichen Bildung sieht es nicht besser aus. Die Kita-Landespauschale ist seit 2005 bei 1 875 Euro eingefroren. Sie muss aus meiner Sicht auf 2 400 Euro angehoben werden. Damit könnten dann auch die überfälligen Verbesserungen des Personalschlüssels finanziert werden: von 1 : 6 auf 1 : 4 in der Krippe und von 1 : 13 auf 1 : 10 in den Kitas. Dafür sowie für die Anrechnung der Vor- und Nachbereitungszeiten bei der Umsetzung des Sächsischen Bildungsplanes werden wir uns in den Haushaltsberatungen starkmachen.

Besonders erbärmlich sieht es beim Bildungsthema Inklusion, der Einbeziehung von Kindern mit besonderem Förderbedarf in das Regelschulwesen, aus. Für mehr als 1 700 Schulen und über 2 700 Kitas in Sachsen stellt das Kultusministerium in den Jahren 2013 und 2014 jeweils 150 000 Euro zur Verfügung. Zum Vergleich: Das entspricht ungefähr einem Jahresgehalt eines Ministers in Sachsen. Das ist nicht nur eine Missachtung der UN-Behindertenrechtskonvention, sondern auch des Landtages, dessen demokratische Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag erste Schritte zur Gestaltung der Inklusion beschlossen haben. Was Sie uns präsentieren, sind nicht einmal Trippelschrittchen. Hier besteht dringender Korrekturbedarf!

(Beifall bei den LINKEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sachsen hat kein Verschuldungsproblem, denn wir haben die Milbradt'sche Dividende, die dem Freistaat eine beispiellos niedrige Schuldenlast und eine hohe Investitionsquote beschert hat – ungeachtet des grandiosen Versagens bei der Landesbankgeschäftspolitik, die zum Crash mit Milliardenverlusten geführt hat. Wir zahlen jetzt im vorliegenden Haushaltsentwurf auch für Rechnungen, die uns der Notverkauf der Sächsischen Landesbank hinterlassen hat – ein originäres CDU-Erbe. Pro Haushaltsjahr sind 100 Millionen Euro zur planmäßigen Zuführung an den Garantiefonds eingestellt, um die Gesamtlasten von 2,75 Milliarden Euro an Gewährleistungen zu finanzieren.

(Zuruf des Abg. Alexander Krauß, CDU)

Ist Ihnen eigentlich bewusst, welche Landesprogramme für diese 200 Millionen Euro aufgelegt werden könnten, um zum Beispiel soziale und kulturelle Infrastruktur zu gestalten? Auch das ist ein weiteres Beispiel für die Vernichtung potenzieller Gestaltungskraft im Freistaat Sachsen.

(Volker Bandmann, CDU: Aber die SED-Lasten tun Sie nicht abrechnen! – Heiterkeit bei der CDU – Zuruf von den LINKEN: Und ewig grüßt das Murmeltier! – Beifall bei den LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

– Herr Bandmann, ich freue mich ja, dass Sie jetzt wach geworden sind.

(Zurufe von den LINKEN und der SPD)

Unser Problem ist nicht der Verlust von Geld durch Kreditbelastungen, sondern der Verlust von Menschen,

die aufgrund ihrer praktischen Erfahrungen zum Beispiel mit den Folgen sächsischer Niedriglohnpolitik ihr Glück woanders gesucht haben. Über eine dreiviertel Million Menschen sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten gegangen. Sie haben mit den Füßen abgestimmt über die Politik der Staatsregierung und die Lage im Freistaat. Jeder weiß, dass sich unter denen, die gegangen sind, viele junge, gut ausgebildete Menschen, insbesondere viele junge, kluge Frauen, befinden, und diese holt man nicht mit einer Eierschecke an der Autobahnraststätte zurück.

(Alexander Krauß, CDU:
Das ist das Erbe der SED-Diktatur!)

Herr Morlok hat ja nun schon den demografischen Sommer gesehen und stellt in einer Presseerklärung fest, die Abwanderung aus Sachsen sei gestoppt.

(Staatsminister Sven Morlok: Das ist richtig!)

Aber, Herr Morlok, dass auch in dieser Hinsicht eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, mussten wir schon Mitte der Neunzigerjahre erleben, als Sachsen sehr kurzzeitig einen positiven Wanderungssaldo hatte, der dann wieder zurückfiel auf umso schlechtere Werte.

(Klaus Tischendorf, DIE LINKE:
Das weiß er nicht mehr!)

Der Mensch – das wusste schon Immanuel Kant – ist der Zweck an sich. Diesen kategorischen Imperativ treten Sie mit Füßen, denn Sie kennen nur einen Zweck, und der heißt: keine Neuverschuldung. Einen anderen Plan kann man bei Ihnen nicht erkennen. Jenseits dessen sind Sie vollkommen planlos.

(Beifall bei den LINKEN)

Sie sind zugleich ziellos. Das sieht man schon daran, dass Sie von der Landespolitik den Kommunen ständig neue Aufgaben aufbürden, aber ihnen dafür nicht das notwendige Geld geben, wie wir gerade bei den Lehrmitteln erlebt haben.

(Alexander Krauß, CDU: Sie haben deutlich mehr Geld bekommen!)

So blieb der Finanzausgleich jahrzehntelang unverändert. Jetzt soll es gerade einmal zusätzlich 30 Millionen Euro geben – ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Jens Michel, CDU: Sie haben zugestimmt!)

Die Fraktion DIE LINKE wird die dreieinhalb Monate andauernden Haushaltsberatungen nutzen, um herauszufinden, an welchen Stellen die jeweilige schwarz-gelbe Prägemarke unseren TÜV-Stempel erhalten kann. Sie sehen, wir gehen ergebnisoffen und konstruktiv an die Sache heran.

(Heiterkeit bei der CDU)

Für welche haushaltspolitischen Sünden zahlen wir im kommenden Doppelhaushalt weiter? Bei der berühmten Zielzahl 70 000 Personalstellen bis 2020

handelt es sich schließlich um die einzige bisher bekannte haushaltspolitische Innovation des Ministerpräsidenten Tillich. Hier wollte einer seinen Vorgänger in den Zielmarken toppen und ist jämmerlich gescheitert. In den Einzelplänen der Ressorts findet man sogenannte kw-Vermerke, also keine Wiederbesetzung der Stellen, mit einer Beschriftung, zum Beispiel im Einzelplan 07 des Sächsischen Wirtschaftsministers: 150 zukünftig wegfallende Stellen für das Jahr 2021 und folgende. In welche Horizonte wollen Sie eigentlich vordringen? Ist Ihnen eigentlich bewusst, wann Ihre Regierungszeit endet?

(Heiterkeit und Beifall bei den LINKEN)

Unser weiterer Prüfungsschwerpunkt ist die haushaltstechnische Umsetzung des Standortgesetzes, schließlich ein Lieblingskind des Kollegen Martens. Ausgehend von der Behauptung der Staatsregierung und der Koalitionsparteien sollte dieses Behördenroulette der Nachweis von zentraler Gestaltungskraft sein.

(Heiterkeit der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Ein Blick in den Einzelplan 14 des vorliegenden Entwurfs, Staatlicher Hochbau, zeigt, dass im Landesbau von diesem Gestaltungsvorhaben nicht viel übrig geblieben ist. Man könnte sagen: Viel Titel, wenig Mittel.

Die Grenzen Ihres Könnens haben Sie auch in der Gestaltung des Einzelplanes für das Kultusministerium bewiesen. Kaum hatte der Landtag den Doppelhaushalt für 2011/2012 beschlossen, zeigte es sich, dass es sich um eine komplette Fehlplanung handelte. Bis heute schulden Sie dem Parlament und der Öffentlichkeit eine Erklärung, wieso eine solche Fehlplanung in zwei Kabinettsklausuren nicht erkannt worden ist und später durch eine gedankenlose Koalitionsmehrheit von CDU und FDP zum Gesetz erhoben wurde.

(Zuruf der Abg. Eva Jähnigen, GRÜNE)

Erst durch massiven, monatelangen Protest und den Rücktritt des zuständigen Ministers waren Sie zur Korrektur Ihres völlig falschen Planansatzes bereit. Im jetzigen vorliegenden Doppelhaushaltsentwurf zeigt sich, dass Ihnen Einsicht und Kraft fehlen, Ihre eigenen Fehler endlich konsequent zu korrigieren. Sie agieren leider nicht nur plan- und ziellos, sondern auch kraftlos. Deshalb ist der Landtag heute zu Recht das Ziel von zentralen Streik- und Protestveranstaltungen der sächsischen Lehrerinnen und Lehrer.

Bereits diese Punkte des Doppelhaushaltes zeigen schwere Mängel. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, dass Ihr Haushaltsentwurf sinnbildlich auf die Hebebühne gefahren wird, damit wir die Ressortansetzungen der Einzelpläne auf Herz und Nieren prüfen. Sie ahnen es schon: 25 Minuten Redezeit ist für die Mängelliste viel zu kurz und der Kfz-Mechaniker würde bereits jetzt erheblichen Reparaturbedarf feststellen.

(Alexander Krauß, CDU:
Freibier für alle fehlt noch!)

Wir werden uns bei der Prüfung nicht von der mutwilligen Unübersichtlichkeit abschrecken lassen, mit der Sie beispielsweise im Sozialhaushalt bei der Haushaltssystematik keinen Stein auf dem anderen gelassen haben. So sind Vergleiche mit Vorjahren nur mühselig herzustellen. Nach den großen Sozialkürzungen im vergangenen Haushalt scheint das Ihre neue Methode zu sein. Es geht nicht immer um große Summen, sondern um intelligenteren Steuerung. Dass aber Braunkohletagebaubetreiber für die Wasserentnahme nichts zahlen müssen, aber im Haushaltsbegleitgesetz eine Wasserentnahmeabgabe für Wasserkraftanlagen eingeführt werden sollen, ist Klimaschutz à la Schwarz-Gelb. Wasserkraft behindern, Braunkohle subventionieren – dazu sagen wir ganz klar Nein,

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

ebenso zum bewusst und ohne Not organisierten Kahl-schlag im Schienenpersonennahverkehr des ländlichen Raumes. So sieht sozialökologischer Umbau der Gesellschaft, wie wir ihn uns für ein Sachsen mit Zukunft vorstellen, nicht aus. Um zu begreifen, wie ein Land mit Lebensqualität aussieht, braucht man Kultur.

Auch die fehlt in Ihrem Doppelhaushalt. Die Kulturräume erhalten effektiv weniger Mittel. Die Teilfinanzierung der Landesbühnen Sachsen aus Kulturraummitteln stellt eine enorme Belastung für die Kulturräume dar. Nach den Kürzungen bei der Soziokultur im letzten Doppelhaushalt wollen Sie jetzt weitere Einschnitte in die Hochkultur vornehmen, wie bei Staatsoper, dem Staatsschauspiel und bei den Staatlichen Kunstsammlungen, also bei weltweit bekannten Aushängeschildern des Landes, um gleichzeitig eine millionenschwere Werbekampagne für Sachsen aus dem Boden zu stampfen. Was für ein Unsinn!

(Beifall bei den LINKEN,
vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen ein Sachsen, aus dem die Leute nicht weglauen, sondern in das viele Menschen kommen wollen. Dafür reicht dieser Haushalt als Grundlage nicht aus. Da auch die CDU Interesse daran hat, dass ihr nicht noch mehr Personal abhandenkommt – ein zurückgetretener Kultusminister, ein renommierter Schulpolitiker, der das Handtuch wirft, und ein Dresdner CDU-Finanzbürgermeister, der die eigene Partei nicht mehr für wählbar hält, dürfte Ihnen reichen –, rechne ich mit Ihrer Kooperation bei den Haushaltsverhandlungen.

In diesem Sinne Glück auf!

(Lebhafter Beifall bei den LINKEN –
Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Für die Fraktion DIE LINKE sprach Kollege Gebhardt. – Für die CDU-Fraktion ergreift jetzt Kollege Flath das Wort. Bitte schön.

Steffen Flath, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Herr Gebhardt, ich habe Ihrer Rede zugehört.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Das nehme ich an!)

Es war eine sehr gute Zusammenfassung des Pressespiegels in der Sommerpause, das Ganze versehen mit einigen zusammengewürfelten Aussagen, die irgendwie gut geklungen haben und die auch Beifall erzeugten.

(Karl-Friedrich Zais, DIE LINKE: Ja, ja!)

Als naturwissenschaftlich geprägter Mensch habe ich aber keinerlei Konzept gesehen.

(Zurufe der Abg. Dr. Eva-Maria Stange, SPD, und Johannes Lichdi, GRÜNE)

Sie haben nicht einmal den Versuch unternommen – –

(Zurufe des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Auch ich hatte nicht die Rede des Finanzministers, ich brauche sie auch nicht.

(Lachen bei der SPD)

Ich habe doch zwei Ohren, mit denen ich zuhören kann!

(Beifall bei der CDU und der FDP –
Zurufe von den LINKEN und der SPD)

Sie haben in Ihrer Rede nicht einmal den Versuch unternommen. Solche Zeiten hat es bei der Linkspartei auch gegeben, in denen man immerhin den Versuch unternommen hat, einen Alternativhaushalt bzw. alternative Ansätze zur Diskussion zu stellen. Aber diese Zeiten sind längst vergangen.

(Alexander Krauß, CDU: Sie haben kein Konzept!
– Zurufe der Abg. Klaus Tischendorf
und Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Nun aber zum Gegenstand der Debatte. Herr Ministerpräsident, Sie haben – ich glaube, sechs Monate hat dieser Prozess gedauert – die Einigung innerhalb dieser Regierung zu diesem vorgelegten Doppelhaushalt und zum vorgelegten FAG herbeigeführt. Das war ein sehr arbeitsintensiver Prozess. Ich konnte diesen verfolgen – Sie im Übrigen auch.

(Dr. Eva-Maria Stange, SPD: Da
ist das Koalitionspapier nicht dabei!)

Dieser Regierungsentwurf enthält bereits eine Bündelung aller Interessen, die es im Freistaat Sachsen gibt, aber auch aller Notwendigkeiten.

(Zurufe der Abg. Dr. Eva-Maria Stange, SPD,
und Johannes Lichdi, GRÜNE)

Es ist gelungen, eine Einigung hinzubekommen. Mein Kompliment, Herr Finanzminister Georg Unland. Er hat das in seiner Rede heute vorgestellt. Sie war von innerer Logik geprägt und ich kann im Wesentlichen nichts hinzufügen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Es war eine Begründung für einen Doppelhaushalt, der nicht zwei Jahre in den Blick nimmt, sondern der auf einer Tradition in Sachsen aufbaut. Was die Traditionen in Sachsen betrifft, will ich ein paar Ausführungen machen.

Wenn man nach Europa schaut – Sie alle werden im Urlaub unterwegs gewesen sein und Sie haben vielleicht auch den Fehler gemacht, im Urlaub dennoch die eine oder andere Agenturmeldung zu verfolgen –, dann sieht man: Europa steckt im Schuldensumpf! Es mag wohl sein, dass böse Spekulanten auf dieser Welt unterwegs sind.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Die Ursache dafür sind sie aber nicht, denn die bösen Spekulanten hat es immer gegeben. Ursache ist die Schuldenkrise. Prof. Unland, ich kann nur noch einmal unterstreichen, was das Fatale ist – das ist beim Staat nicht anders als im Privatbereich: Es geht einige Zeit gut und irgendwann verliert man die eigene Handlungsfähigkeit. Das ist einigen Staaten passiert.

Wenn man nach Deutschland schaut – Prof. Kirchhoff, ein mir sehr nahestehender Wissenschaftler, hat gerade ein Buch „Deutschland in der Schuldenkrise“ auf den Markt gebracht –, stellt man fest: So viel anders ist es in unserem Land auch nicht.

(Zuruf des Abg. Henning Homann, SPD –
Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ein Blick in den Bundeshaushalt, ein Blick in andere Länder: Was mag wohl dort zu diskutieren sein, wenn ein Haushalt eingebracht wird?

(Zuruf des Abg. Henning Homann, SPD)

Dort gibt es keine Gestaltungsspielräume mehr. Aus all diesem Sumpf ragen im Grunde genommen nur noch zwei Bundesländer, die handlungsfähig sind. Beides sind Freistaaten: Bayern und Sachsen. Da uns gestern Georg Schmid, der Fraktionsvorsitzende der CSU, in der Fraktion besucht hat, darf ich heute mit einigem Selbstbewusstsein sagen: Selbst die Bayern sehen Sachsens Finanzpolitik als Vorbild an. Man möge sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb sage ich: Zwei Länder ragen in ihrer Handlungsfähigkeit heraus. Das sind Sachsen und Bayern. So viel zur Tradition.

Dass wir in den nächsten Monaten darüber streiten können, wie wir das machen, wie wir den einzelnen Interessen gerecht werden, dafür gibt es eine Vorgeschichte. Ich will es kurz zusammenfassen, Herr Gebhardt: Hätten wir in den 22 Jahren jemals auf Sie gehört, dann wären wir nicht in dieser komfortablen Lage, in der wir uns heute befinden. Der Haushalt – –

(Beifall bei der CDU, der FDP und der
Staatsregierung – Enrico Stange, DIE LINKE:
Solche Arroganz endete 1989 ...! –
Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE –
Zurufe des Abg. Mario Pecher, SPD –
Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

– Ich glaube, Arroganz ist das nicht. Zwischen Selbstbewusstsein und Arroganz gibt es einen großen Unterschied.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Jetzt hören Sie bitte weiter zu!

(Abg. Mario Pecher, SPD: Aber auf andere mit dem Finger zeigen!)

Ich möchte einen Satz von Prof. Unland noch einmal unterstreichen. Das ist, glaube ich, das größte, auch kommunikative Missverständnis, das es im Land gibt. Die solide Haushaltsführung allein ist nicht das Ziel.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Das haben Sie erkannt? Das ist schon mehr als genug!)

Er hat gesagt: Der solide Haushalt ist Mittel für die zukünftige Politikgestaltung. Das können wir ruhig zum Lehrsatz erheben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In unserer Fraktion hat es zu Beginn der Legislaturperiode die größte Verjüngung gegeben. Circa die Hälfte der Abgeordneten ist neu in die Fraktion gekommen. Es ist geradezu richtig, auch heute bei der Diskussion zum Doppelhaushalt daran zu denken, dass diese Diskussion in zwei Jahren wieder ansteht, aber auch in vier Jahren, in sechs Jahren usw. Wir wissen auch, dass die Zeit relativ schnell vergeht.

Es ist wahrlich ein richtiges Ziel, denjenigen, die nach uns im Landtag sitzen werden, noch zu gestatten, darüber zu streiten, was der richtige Weg für Sachsen ist,

(Dr. Eva-Maria Stange, SPD:
Wir reden vom Haushalt!)

und ihnen nicht alle Handlungsoptionen aus der Hand zu schlagen, so wie das andere Länder tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb keine neuen Schulden, sondern Schulden tilgen. Gute sächsische Tradition ist inzwischen – – Ich empfinde es als riesigen Fortschritt: Ich weiß noch nicht, was die anderen Fraktionen nach den LINKEN ausführen werden, aber mir scheint, dass darüber – das ist eine neue Qualität – relativ wenig gestritten wird: keine neuen Schulden machen, Schulden tilgen und eine vernünftige Rücklage für zukünftige Pensionen. Dass darüber – –

(Zuruf von der SPD)

Na gut, Herr Dulig, Sie haben es einmal versucht. Wir werden sehen, wie Sie es heute geschickt in Worte kleiden. Sie haben im Grunde angedeutet, ein Ziel zu verfolgen: Man könnte solche Rücklagen auch jetzt nutzbringend in den Kreislauf bringen. – Aber so hat es immer angefangen, immer mit einer guten Begründung: Bringen wir erst einmal den Kreislauf in Schwung.

(Dr. Eva-Maria Stange, SPD:
Was machen Sie denn gerade?)

Nur hat man dann vergessen, in guten Zeiten das entnommene Geld wieder zurückzulegen. Deshalb ist es eine gute Tradition, dass wir das fortsetzen.

(Sebastian Fischer, CDU:
Frau Stange will Verschuldung haben!)

Wir sind am Beginn der Haushaltsverhandlung hier im Landtag. Das ist auch heute der Punkt, an dem die Exekutive das Handeln und auch den inhaltlichen Streit der Legislative übergibt.

Aber ich finde es auch beachtenswert, dass wir, aufbauend auf dieser soliden Finanzpolitik, heute in den Blick nehmen müssen, welche Chancen sich bieten, und dass wir diese Chancen, weil sie vielleicht nie wiederkommen, jetzt ergreifen. Sie haben Beispiele gebracht: Exzellenzuniversität, Forschungsinstitute, Infrastruktur, aber – bei aller Kritik; ich verfolge schon Frau Kollegin Hermenau, was Sie daran kritisieren – ich will auch darauf hinweisen: Obwohl der Haushalt Steigerungen bei den Personalkosten enthält – das ist so! –, so enthält er eben auch ein viel gescholtenes Bildungspaket. Als der Finanzminister es ansprach, wurde darüber gelacht; ich habe auch verfolgt, was darüber im Landtag erzählt wird.

(Zurufe von der SPD)

Das Bildungspaket bedeutet zusätzliche Kosten, auch zusätzliche Personalkosten. Wir sind zu der Erkenntnis gelangt – auch wir in der Fraktion, nach sehr intensiven und schmerzhaften Diskussionen –, dass es notwendig ist. Deshalb berücksichtigt dieser Haushaltsplanentwurf eben Notwendigkeiten, aber auch Chancen.

Ich will kurz auf das FAG zu sprechen kommen. Wenn etwas gut gelungen ist, dann wird im Lande nicht mehr darüber gesprochen und dann beginnt auch hier und da – Herr Vorjohann wurde angesprochen von Ihnen, Herr Gebhardt –, das ist ziemlich normal, weil es auch ein Interessenabgleich ist.

Zunächst will ich einmal festhalten, wie viele Länder sich denn ein FAG auf einer solchen, ja, wissenschaftlichen Grundlage, nicht willkürlich, leisten. Schauen wir doch einmal nach der SPD in Nordrhein-Westfalen: Willkür ohne Ende

(Beifall bei der CDU und der FDP)

im Umgang mit der kommunalen Ebene. Ganz anders sieht es hier in Sachsen aus, und auch das hat gute Tradition: dass die Regierung, was das FAG betrifft, in einem sehr intensiven Diskussionsprozess mit Städte- und Gemeindegremien, mit Sächsischem Landkreistag eine Einigung hinkommt. Wir haben uns als Fraktion geeinigt – das ist erlaubt, das ist allen anderen auch erlaubt in diesem Prozess –, und da möchte ich allen in der Fraktion, die das gemacht haben, herzlich danken. Denn was da drinsteckt im FAG, ist auch eine Einigung zwischen ländlichem Raum und Großstädten.

Wir haben ein riesiges Spannungsfeld in Sachsen, was mit der demografischen Entwicklung zusammenhängt und

damit, auf der einen Seite im ländlichen Raum das Leben mit allen Notwendigkeiten vernünftig aufrechtzuerhalten und Investitionsmöglichkeiten offenzuhalten,

(Zuruf des Abg. Thomas Jurk, SPD)

und auf der anderen Seite eine Antwort darauf zu finden, dass Großstädte wie Dresden oder Leipzig Bevölkerungszuwachs haben – mit dem verbundenen Effekt, dass es zusätzlicher Ausgaben bedarf, um auch dort zum Beispiel einem Schülerzuwachs ausreichend Rechnung zu tragen. Wir haben in diesem intensiven Diskussionsprozess eine Klammer hinbekommen – und dafür gilt der Regierung Dank, aber auch der eigenen Fraktion und dem Koalitionspartner, der sich daran beteiligt hat. Was wir da hinbekommen haben, dürfte ein Beispiel für ganz Deutschland, für andere Länder sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU,
der FDP und der Staatsregierung)

Nun ist es an uns – wir sind 58 Abgeordnete in der Fraktion; wir haben für alle Politikfelder Arbeitskreise –, den Haushalt aufzustellen. Auch eine regierungstragende Fraktion hat die Aufgabe, den Haushalt zu prüfen, ob auch alles enthalten ist, ob die Notwendigkeiten im Land ausreichend bedient sind.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Das müssen Sie dort erzählen, aber nicht uns hier!)

Es ist ein sehr, sehr intensiver Arbeitsprozess, der vor uns liegt, als Fraktion alle Interessengruppen im Lande zu hören.

(Empörter Zuruf der Abg. Eva Jähnigen, GRÜNE
– Weitere Zurufe)

Einiges hat hier schon begonnen. Die Gewerkschaften und Lehrerverbände gehören dazu. Jetzt will ich ein klares Wort dazu sagen.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Jetzt erst?!)

Zunächst zu Frau Kurth und ihrer Verwaltung: Ich weiß, welcher Stress es ist, ein Schuljahr vorzubereiten. Es ist Ihnen gelungen, das Schuljahr ist in dieser Woche gestartet. Wozu soll heute dieser Warnstreik dienen?

(Zurufe von den LINKEN und der SPD)

Wochenlang lamentieren Sie hier über Unterrichtsausfall, wochenlang! Wir bemühen uns, diesen so gering wie möglich zu halten – und die Gewerkschaften haben nichts anderes im Kopf, als zum Streik aufzurufen. Wer soll denn das verstehen?!

(Starker Beifall bei der CDU,
der FDP und der Staatsregierung)

Worum geht es?

(Zuruf der Abg. Eva Jähnigen, GRÜNE)

Ich höre genau zu. Es geht – kurz zusammengefasst – darum: Wir wollen weniger arbeiten und mehr Geld verdienen;

(Sebastian Fischer, CDU: So ist es!)

soweit die Forderung.

(Empörte Zurufe von der Opposition)

Bei der Haushaltsberatung geht es auch um das Thema Gerechtigkeit, Frau Falken. Natürlich geht es um Gerechtigkeit!

(Starke Unruhe – Zurufe)

Wenn ich Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen betrachte, wie viel sie von der Arbeitszeit her arbeiten und wie viel sie verdienen, dann stimmt es, dass es Bundesländer gibt, in denen sie weniger arbeiten und mehr verdienen. Deshalb habe ich Verständnis dafür, sich in diesem Vergleich ungerecht behandelt zu fühlen.

Zur Gerechtigkeit gehört aber auch, einmal die Berufsgruppe der Lehrer in Sachsen mit anderen Berufsgruppen in Sachsen zu vergleichen.

(Sebastian Fischer, CDU: So ist das! –
Beifall von der CDU)

Dabei komme ich zu dem Schluss: Es wäre ungerecht, hier insgesamt draufzulegen. Da ist der Unterschied zu manchem anderen Bundesland und zu anderen Berufsgruppen aber wesentlich größer als bei Lehrerinnen und Lehrern.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von den LINKEN und der SPD)

Man kann auch der Gerechtigkeit innerhalb des gesamten Bildungssystems nachgehen. Man kann bei den Eltern beginnen, was sie für Bildung leisten, man kann es bei den Kinderkrippen und Kindergärten fortsetzen, den Schulen – Grundschulen und Mittelschulen –, bis hin zum Gymnasium. Ich erkenne durchaus an, dass man sich in diesem Vergleich hier und da ungerecht behandelt fühlt. Gerade unsere Fraktion beschäftigt sich in vielen Gesprächen mit dieser Frage, ob man das irgendwo verbessern oder abmildern kann. Wir stellen uns dieser Aufgabe.

Aber was ich nicht richtig finde, ist, in der ersten Schulwoche nach den Schulferien heute Unterrichtsausfall zu produzieren für ein Ziel, das uns wahrlich nicht weiterhilft.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der
Staatsregierung – Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Dieses klare Wort sollten Sie mal draußen
gegenüber den Lehrern sagen!)

Ich habe mich in meinem Leben viel mit Bildungspolitik und diesen Dingen beschäftigt, und deshalb kann ich nur unterstreichen: Herr Prof. Unland, Sie haben meine Unterstützung, die Dinge genau zu betrachten. Es ist zweieinhalb Jahre her, als ich hier an diesem Pult gestanden und dafür geworben habe, den Lehrerteilzeitvertrag

zu verlängern. Ich saß am Verhandlungstisch und habe den Vertrag mit beschlossen. Es war verabredet, diesen zu verlängern, es war keine neue Erfindung. Wir haben es mit der Absicht gewollt, weil wir wussten, dass die Lehrer älter und älter werden. Wir haben es mit dem Ziel verfolgt, mehr junge Lehrer einzustellen.

Die Gewerkschaften haben es anders gewollt – das müssen wir so akzeptieren –, die Verlängerung ist nicht zustande gekommen. Aber ich sage ganz offen dazu: Auf Gewerkschaftswunsch haben wir zwei Jahre verloren bei der Einstellung von jungen Lehrern.

(Hört, hört! von der CDU)

So ist das im Land – das muss auch einmal ausgesprochen werden. Wenn ich heute die Forderung nach Altersteilzeit höre – Altersteilzeit ist immer ein Instrument, wenn ich darauf reagiere, dass ich zum Beispiel eine halbierte Schülerzahl vorfinde und ich habe zu viele Lehrer, dann kann ich darüber reden, weil sich Arbeitgeberinteressen und Arbeitnehmerinteressen dort treffen. Nur haben wir auch hier erlebt, dass die Gewerkschaften wohl bereit waren, einen solchen Vertrag zu schließen; aber als dann die negativen Folgen des Vertrages sichtbar wurden, sind sie auf die Straße gegangen und haben mit dem Finger auf die Regierung und auf unsere Fraktion gezeigt. Das ist kein faires Spiel, was da stattfindet.

Deshalb lassen Sie uns dafür streiten in der Fraktion, und das tun wir ja wirklich – manchmal wird es auch sichtbar; Herr Gebhardt hat ja auf Verschiedenes hingewiesen –; lasst uns dafür streiten, vernünftige Lösungen zu finden.

Die Priorität in unserer Fraktion lautet ganz klar: Wir brauchen junge Leute im Schulsystem, und damit werden wir uns in den nächsten Wochen sehr intensiv befassen.

Ich muss auf meine Redezeit schauen, denn ich will meinem Kollegen Michel, der der finanzpolitische Sprecher unserer Fraktion ist und in gewisser Weise der Koordinator der Verhandlungen, noch etwas Redezeit übrig lassen.

Lassen Sie mich deshalb zu den Schwerpunkten kommen, die die CDU-Fraktion im Haushalt setzt. Zum FAG habe ich schon ausgeführt. Wir haben einen großen Kompromiss gefunden. In den nächsten zwei Jahren können wir – der Freistaat, gemeinsam mit den Landkreisen, Dörfern und Städten – investieren. Wir haben mit dem FAG die Möglichkeit dafür geschaffen. Wo sonst in Deutschland oder im übrigen Europa gibt es das? Wir haben diese Möglichkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir legen einen Schwerpunkt auf Bildung, Forschung und Innovation. Wir wollen die Wirtschaft stärken. Die Infrastruktur soll vervollkommen werden, und wir müssen uns auch zunehmend damit befassen, wie wir sie erhalten können.

Wir respektieren das Bedürfnis der Menschen, in Sicherheit zu leben und auch ihren Lebensabend in Sicherheit zu verbringen; das wollen wir nicht vergessen. Auch mit den

daraus resultierenden Anforderungen werden wir uns beschäftigen.

Wir alle diskutieren über den Haushalt; unser Koalitionspartner, die FDP, hat das schon getan und sich öffentlich dazu erklärt. Es kann schon sein, dass wir die Notwendigkeit erkennen, hier und da Änderungen vorzunehmen. Entsprechende Anregungen werden wir im Oktober in der Fraktion zusammenführen und uns dazu eine Meinung bilden.

Der vorgelegte Haushaltsplan ist solide. Ein bisschen erzgebirgisch-unterkühlt würde ich sagen: Er ist brauchbar. Brauchbar – ein höheres Lob gibt es im Erzgebirge nicht. Wenn heute die Abstimmung wäre, könnte ich diesem Haushalt so, wie er vorliegt, zustimmen. Das heißt „brauchbar“.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Wenn wir ihn aber verändern, dann sollten wir alle im Blick haben, dass es nur um Verbesserungen gehen kann. Das gilt auch hinsichtlich der Generationengerechtigkeit – ein wirklich großartiges Ziel, dem wir uns verschrieben haben. Wir denken an die nächsten Generationen. Hätten das andere in Europa und in anderen Bundesländern vorher auch getan, würden wir heute nicht in dieser Krise stecken.

Ich bedanke mich bei der Regierung für das, was sie uns übergeben hat. Wir werden uns jetzt ausgiebig damit befassen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU,
der FDP und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Ich sehe am Mikrofon 7 den Bedarf für eine Kurzintervention. Ist das so?

Arne Schimmer, NPD: Ja, genau das ist der Fall.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Bitte.

Arne Schimmer, NPD: Ich würde gern kurzintervenieren, weil ich die Selbstdarstellung des Kollegen Flath sehr überzogen finde. Er hat gesagt, dass man eine Klammer hinbekommen habe, die ein Vorbild für ganz Deutschland sei. Mit Blick auf das sächsische FAG muss man darauf hinweisen, dass es eine Korrektur um gerade einmal 0,3 oder 0,4 % zugunsten der Kommunen gab. Jahrelang lag das Finanzaufteilungsverhältnis bei 64,3 % zu 35,7 %. Wir als NPD-Fraktion haben seit 2004 in zahlreichen Reden, Anträgen und parlamentarischen Initiativen kritisiert, dass die Kommunen bei dieser Finanzaufteilung zu schlecht gestellt sind. Sie haben, wie gesagt, eine – aus unserer Sicht lächerliche – Korrektur um gerade einmal 0,3 oder 0,4 % hinbekommen.

Wie die Dinge tatsächlich liegen, kann man ersehen, wenn man einen Blick in den FAG-Bericht der Jahre 2011/2012 wirft. Dort ist nämlich beschrieben, dass in den letzten zehn Jahren die Ausgaben der Kommunen um

12 % gestiegen sind, während sich die Ausgaben auf Landesebene gerade einmal um 7 % erhöhten. Deshalb fordern wir als NPD weiterhin eine gründliche Umarbeitung des FAG, das unseres Erachtens alle zwei Jahre wirklich vom Landtag beschlossen werden muss, damit endlich die grundlegende Finanznot der sächsischen Kommunen behoben werden kann.

Diese ist ein großes Problem in unserem Land. Ich erinnere daran, dass am 9. Juli die Stadt Leipzig eine Haushaltssperre verhängt hat. Ich erinnere auch daran, dass der Haushalt des Landkreises Leipzig erst in letzter Minute von der Regierungsdirektion genehmigt worden ist. Deswegen sehen wir weiterhin eine große, wichtige politische Aufgabe darin, dass das Land – es steht relativ gut da – unsere Kommunen nicht verhungern lässt und das FAG so umarbeitet, dass die große Finanznot aufseiten der Kommunen beseitigt wird.

Besten Dank.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Das war eine Kurzintervention des Abg. Schimmer. – Die Reaktion darauf kommt jetzt von Herrn Kollegen Flath.

Steffen Flath, CDU: Herr Abgeordneter, ich will nur auf Folgendes verweisen: In meiner Rede habe ich mich nicht mit den Ausgaben von Kommunen beschäftigt. Ich habe mich auch nicht damit beschäftigt, dass es durchaus große Unterschiede in Sachsen gibt. Wir in Sachsen folgen dem Prinzip, dass Verwaltungen und Stadträte – diese gibt es auch in Leipzig – eigenständig Entscheidungen treffen dürfen.

Mit den Ausgaben ist natürlich ein Streitpunkt berührt. Aber ich habe nicht davon gesprochen, wie die Aufgaben in Sachsen verteilt sind; das ist wieder eine ganz andere Geschichte. Mir ging es um Folgendes: Das FAG erscheint jetzt zunächst als Ausgabe beim Freistaat, und diese Ausgabe ist bei den Kommunen in Sachsen die Einnahme. Ich glaube, es gibt nur zwei Bundesländer überhaupt, in denen es einen solchen Mechanismus gibt, mit dem in Abhängigkeit von der Einnahmensituation die Einnahmen zwischen Freistaat und Kommunen ganz fair verteilt werden. Das ist in der Tat sehr positiv, und es muss erlaubt sein, in diesem Hohen Hause Positives auch als positiv darzustellen. Nichts anderes habe ich getan.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Das war die Reaktion auf die Kurzintervention.

Wir fahren in der Rednerreihenfolge fort. Das Wort ergreift für die SPD-Fraktion Herr Kollege Dulig.

Martin Dulig, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Sächsischen Landtag stehen mindestens 12 000 Lehrerinnen und Lehrer. Das ist

die größte Bildungsdemonstration in der Geschichte des Freistaates Sachsens.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Wann wachen Sie denn endlich auf?

(Beifall bei der SPD und den LINKEN)

Wann endlich hören Sie mit Ihrer Selbstzufriedenheit auf? Die Lehrerinnen und Lehrer stehen doch nicht deswegen draußen, weil Sie ein paar Cent mehr haben wollen; es geht ihnen vielmehr darum, auf ein Problem hinzuweisen, über das wir seit Monaten diskutieren. Es ist eben nicht so, wie Sie es hier darzustellen versuchen: dass die Demonstration Ausdruck von purem Egoismus sei und die Demonstranten doch bitte schön zufrieden sein sollen, dass sie hier etwas bekommen. Es geht hier um die Zukunftsfähigkeit des Landes. So groß muss man es einmal formulieren.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Da helfen keine Parolen. Insofern hat mich die Einbringungsrede von Herrn Prof. Unland überrascht, gleichzeitig aber auch nicht. Die einzige Überraschung war das neue, angenehm schnelle Redetempo.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Weniger eine Überraschung war es, dass wir von Ihnen auch heute wieder – wie inzwischen so häufig – nur Parolen gehört haben. Ich möchte eine klare Analyse vorgelegt bekommen, wo die Herausforderungen liegen. Ich stelle fest: Wir sind in unserem Freistaat genau an der Stelle, an der wir die Entwicklung neu justieren müssen.

(Beifall bei der SPD)

Die Aufbauzeit ist vorbei, und wir stehen auf einmal in einer ganz anderen Konkurrenzsituation, sowohl aufgrund des demografischen Wandels als auch aufgrund des Strukturwandels. Wo sind Ihre Visionen? Wo sind Ihre Antworten? Stattdessen hören wir von Ihnen Plattitüden und Parolen.

Es kommt noch etwas hinzu: Trickserei. Diese zieht sich seit Jahren durch ihre Haushaltspolitik. Nicht ohne Grund hat Sie doch der Rechnungshof kritisiert. Nicht ohne Grund hat er darauf hingewiesen, dass es bei der Haushaltsaufstellung an Transparenz mangelt.

Sie rühmen sich zum Beispiel Ihrer hohen Investitionsquote. Ich frage Sie: Stimmt es, dass die Gelder des Garantiefonds für die Sächsische Landesbank auf die Investitionsquote angerechnet werden?

(Karl Nolle, SPD: Ungeheuerlich!)

Stimmt das? Und darauf sind Sie stolz? Sind Sie auf Ihre hohe Investitionsquote stolz, obwohl Sie dort Ihre Pleite verstecken? Darauf hätte ich gern eine Antwort von Ihnen.

(Dr. Monika Runge, DIE LINKE:
Verlorenes Geld!)

Wenn wir von Investitionen reden, dann reden wir auch von Investitionen in Bildung. Was ich aber vor allem möchte, ist, dass wir darüber streiten, wie wir eine Perspektive für dieses Land entwickeln können. Insofern muss man über die zwei Jahre, die dieser Doppelhaushalt umfasst, hinausschauen.

Wir als SPD-Fraktion haben uns dies zur Aufgabe gemacht. Wir haben uns drei Haushaltsgrundsätze erarbeitet, in denen gesagt wird, was die Herausforderungen in den nächsten zehn, zwölf Jahren im Freistaat Sachsen sein werden. Wir gehen so mutig heran und sind der Meinung, dass wir mit dem Geld, das wir in dem Generationsfonds anlegen, gut arbeiten können, so gut arbeiten können, dass wir die höchste Rendite bekommen.

Von der höchsten Rendite haben Sie uns doch immer erzählt: Keine Schulden sind die höchste Rendite. Wie wäre es denn, wenn wir uns auf das gemeinsame Ziel verständigen würden, Sachsen bis zum Jahr 2024 so schuldenfrei zu machen, dass wir am Kapitalmarkt keine Schulden mehr haben und dass wir durch ein kluges Finanzmanagement auch die Ressourcen freibekommen, um ein anderes ehrgeiziges Ziel zu finanzieren, nämlich so viel Geld für die Zukunft unserer Kinder auszugeben, wie wir es für die Rettung der Landesbank getan haben?

(Beifall bei der SPD und
des Abg. Horst Wehner, DIE LINKE)

Ich habe das als Ziel. Ich möchte genauso den Ehrgeiz und die Leidenschaft aufbringen, 2,75 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren für die Kinder auszugeben, wie Sie für die Rettung der Landesbank auszugeben bereit sind.

Das ist nämlich die Antwort, die die Lehrerinnen und Lehrer draußen hören wollen. Denen geht es nämlich nicht um Eigeninteressen, denen geht es darum, dass sie auch für die Zukunft wissen, dass die Schule funktioniert, dass die Kinder gut unterrichtet werden. Und das wollen nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer wissen, das wollen die Eltern wissen, das ist die Aufgabe, die wir hier zu transportieren haben.

(Beifall bei der SPD und den LINKEN)

Das dritte Haushaltsziel der SPD-Fraktion ist, zusätzlich auch Geld für Innovationen, für die Zukunftsfähigkeit des Landes zu bekommen. 210 Millionen Euro für ein Zukunftsland Sachsen! Denn wir brauchen einen guten Mix an Investitionen, sowohl in die Bildung, in die Köpfe als auch in die Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen, in Wissenschaft und Forschung.

Wir haben das ausgerechnet. Wir haben es vorgerechnet. Wir haben das auch schon beim letzten Haushalt vorge-rechnet, und im Gegensatz zu Ihnen haben wir uns nicht verrechnet. Wenn Sie sich die tatsächlichen Ausgaben im Haushalt anschauen, stellen Sie fest, dass die tatsächlichen Einnahmen um 1,3 Milliarden Euro über Ihrer

eigenen Planung lagen. Und wie war das mit den Kürzungen? Schämen Sie sich eigentlich nicht Ihres letzten Haushaltes?

(Beifall bei der SPD)

Dort haben Sie Kürzungen von 1 Milliarde Euro auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen vorgenommen, und jetzt präsentieren Sie uns eine Rechnung, wonach Sie 1,3 Milliarden Euro mehr eingenommen haben. Schämen sollten Sie sich!

(Beifall bei der SPD und den LINKEN)

Um Missverständnissen vorzubeugen: Gegen Haushaltsüberschüsse und gegen eine konservative Einschätzung der Steuereinnahmen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Falsch ist es nur, wenn die Bildung von Rücklagen und Haushaltsüberschüssen zum Selbstzweck wird. Wenn damit die Bildung und Betreuung unserer Kinder, die Schaffung von zukünftigen Arbeitsplätzen und soziale Gerechtigkeit den Berg hinuntergehen, ist das der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD)

Das, was wir heute bei der Innovationskraft einsparen, bezahlen wir später doppelt und dreifach.

Die Frage „Haben Sie ein Ziel, haben Sie einen Plan?“ stellt sich in der Debatte schon. Ich möchte durchaus differenzieren. Ich glaube nämlich, dass es gerade in der CDU-Fraktion mehr Leute gibt, die an einer solchen Vision arbeiten wollen und die selbst darunter leiden, dass ihre Fraktionsspitze, ihre Staatsregierung anscheinend keine Idee von der Zukunft Sachsens hat. Viele Kolleginnen und Kollegen in der CDU sind selbst frustriert – und das nicht zuletzt wegen des panischen Koalitionspartners, der nur noch Klientelpolitik betreibt, statt sich um die Probleme des Landes zu kümmern.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Genau so ist es!)

Ich verstehe diesen Frust. Ich verstehe auch, dass man Lust hat, einfach die Brocken hinzuschmeißen, wie es Kollege Colditz getan hat, und dass man sich aus hoch anerkennender Loyalität in die letzte Reihe setzt und sich für seinen Ministerpräsidenten opfert, obwohl dieser jemanden stilllos aus dem Amt geworfen und die Nachfolgerin ermutigt hat, öffentlich nachzutreten.

Ich kann den Frust verstehen, ich kann auch die Frustbewältigung verstehen, es bleibt aber dabei: Das beste Mittel der Frustbewältigung ist, das zu ändern, was den Frust auslöst.

(Beifall bei der SPD und den LINKEN)

Das ist nun einmal in der Bildungspolitik am einfachsten zu erkennen. Das ist die größte Baustelle. Es ist auch Ihre große Baustelle. Sie wissen alle, dass das Personalkonzept der Staatsregierung wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen ist. Was die Staatsregierung jetzt vorlegt, ist eine Verschlimmbesserung der Situation. Mit vernebelten

Euphemismen gibt das mittlerweile sogar die Kultusministerin zu.

Zwar hat der Haushalts- und Finanzausschuss zugestimmt, dass zum 1. August die 283 Stellen neu ausgebracht worden sind; mehr Lehrer stehen damit zum Schuljahresbeginn jedoch nicht zur Verfügung, denn damit wurde nur nachträglich eine illegale verdeckte Einstellungspraxis legalisiert. Wie viele Lehrerinnen und Lehrer am Montag tatsächlich vor der Klasse standen, dazu konnte das Ministerium keine Aussage treffen.

Allein im Schuljahr 2011/2012 gingen 919 Vollzeitstellen durch Verrentung oder anderen Abgang aus dem Schuldienst verloren. Dazu kommen bis zum Ende des Jahres noch einmal 268 Vollzeitstellen. Diesem Verlust an Arbeitsvermögen von 1 187 Stellen stehen lediglich 565 unterrichtswirksame Einstellungen gegenüber.

Im Schuljahr 2012/2013 sind im Doppelhaushalt 27 231 Lehrerstellen ausgewiesen. Das sind 364 Lehrerstellen weniger als im Vorjahr,

(Thomas Jurk, SPD: Hört, hört!)

und das bei einem Schülerzuwachs von 1 600 Schülerinnen und Schülern!

Wenn es nach der Staatsregierung geht, wird das in den Folgejahren nicht besser, sondern schlechter. Vor dem Hintergrund, dass die Schülerzahlen bis zum Jahr 2021/2022 laut Statistischem Landesamt weiter ansteigen werden, reicht die kurzzeitige Unterbrechung des geplanten Stellenabbaus nicht aus. In der Summe werden noch weniger Lehrer vor immer volleren Klassen stehen.

Damit werden nun einmal die Bildungs- und Teilhabechancen unserer Kinder aufs Spiel gesetzt. Sie werden dafür geopfert, dass das Finanzministerium und die Staatskanzlei den Kurs des Primats der Rücklagenbildung und Politikverweigerung weiter fahren können. Sie werden dafür geopfert, dass der Koalitionspartner die Schilder „Mittelschule“ durch Schilder mit dem Wort „Oberschule“ austauschen kann. Auf solche Werbegags reduziert sich nämlich die Politik der FDP: Schilder mit Smiling statt vernünftiger Verkehrspolitik und neue Schilder für Mittelschulen statt Politik für besseres Lernen!

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich mache Ihnen auch ein Angebot: Gerade bei dem Thema Bildung, gerade bei dem Thema Zukunftsfähigkeit des Landes erwarte ich, dass man gemeinsam nach Lösungen sucht, dass man sich ernsthaft der Problematik annimmt. Es gab ja schon einmal so ein zartes Pflänzchen, wenn ich an das Thema Inklusion denke. Wenn Sie es ernst meinen mit diesem Thema, so machen Sie das hier nicht koalitionsintern! Ich sage Ihnen, das wird mit diesem Koalitionspartner nicht funktionieren. Das wird mit dem nicht funktionieren!

Uns ist dieses Thema zu wichtig. Wir bieten an, gemeinsam an einem finanzierbaren Konzept zu arbeiten und es auch gemeinsam zu tragen. Die finanziellen Rahmenbedingungen sind ja vorhanden. Sie kennen die Einnahmesituation des Freistaates. Sie haben 1,5 Milliarden Euro Zuwachs bei den Einnahmen und es sind durchaus noch Spielräume drin, weil die Zuwächse zumeist an den höheren Bundeszuschüssen für Kosten der Unterkunft und die Alterssicherung liegen. Mögliche Steuerveränderungen haben Sie zum Beispiel nicht eingerechnet.

Sie haben aktuell 5,8 Milliarden Euro Schulden. Das ist mit Abstand der geringste Schuldenstand bundesweit. Es gibt die Möglichkeit, ein Finanzierungskonzept aufgrund Ihrer Haushaltszahlen vorzulegen. Sie müssen es nur wollen. Sie müssen auch einmal über Ihren Schatten springen; denn es geht hier eben nicht darum, den Koalitionsfrieden zu wahren, sondern darum, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sicherzustellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Für die SPD-Fraktion sprach Herr Kollege Dulig. – Für die FDP-Fraktion wird jetzt Herr Kollege Zastrow sprechen.

Holger Zastrow, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutige Einbringung des Doppelhaushaltes findet in einem bemerkenswert beunruhigenden Umfeld statt. Damit meine ich überhaupt nicht den heute vor dem Landtag stattfindenden Lehrerstreik. Nein, das beunruhigende Umfeld ist aus unserer Sicht und auch aus Sicht des Freistaates Sachsen natürlich vor allem die Entscheidung, die gestern die Europäische Zentralbank getroffen hat, künftig nämlich selbst Staatsanleihen in unbegrenzter Höhe von in die Krise geratenen Staaten aufzukaufen. Damit wird die Finanzpolitik der Europäischen Union, meine Damen und Herren, den Parlamenten entzogen, den Regierungen entzogen und in die Hände der EZB gelegt, eines Gremiums, das sich wiederum der Kontrolle von Parlamenten und Regierungen nahezu vollständig entzieht.

Die EZB ist ähnlich unabhängig – so war ja auch damals das Konstrukt gedacht – wie die Bundesbank, nur leider tut sie nicht das, was die Bundesbank macht. Sie hat sich eben nicht, was eigentlich der Auftrag gewesen ist, auf die Wahrung der Geldwertstabilität in Europa beschränkt, sondern sie macht inzwischen Finanzpolitik. Das muss uns, meine Damen und Herren, auch hier in Dresden große Sorgen machen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Mindestens für Deutschland war die gestrige Entscheidung, der gestrige Tag ein schwarzer Tag. Die Haftungsrisiken, die die Bundesrepublik ohnehin schon eingegangen ist, sind schon in einer kritischen Höhe angekommen. Jetzt kommen neue hinzu, ohne dass wir einen Einfluss

darauf haben, sie zu beschränken oder mit strengen Auflagen zu sanktionieren.

(Holger Apfel, NPD: Das wollten Sie doch so!)

Mir ist inzwischen klarer denn je, warum sich die Herren Weber und Stark aus der EZB zurückgezogen haben, und mir ist auch klar, welchen wichtigen Kampf der Bundesbankpräsident Weidmann, der ja bei uns im Kabinett schon zu Gast gewesen ist, kämpft. In der EZB, meine Damen und Herren, hat Deutschland genauso viel Einfluss wie Malta oder Zypern, aber wir übernehmen als Bundesrepublik Deutschland 27 % aller Haftungsrisiken, die dort eingegangen sind.

(Jürgen Gansel, NPD: Sie nicken das im Bundestag doch alles ab, das ist doch verlogen!)

Ich weiß, dass das GRÜNE, SPD und LINKE oft ein bisschen anders sehen und nicht weiter beunruhigt sind. Ich habe ja gestern Abend auch die Nachrichten gesehen und dort die entsprechenden Statements der Bundestagsfraktionen gehört. Sie machen ja – so ehrlich sind Sie wenigstens – kein Hehl daraus, dass für Sie die Vergemeinschaftung der europäischen Schulden durchaus ein gangbarer und sympathischer Weg ist.

(Zuruf der Abg. Dr. Monika Runge, DIE LINKE)

Für uns als FDP und wohl auch für die CDU ist das eben kein Weg. Das kann keine gute Sache sein, was in Bezug auf die EZB entschieden wurde. Das kann auch nicht in unserem Interesse liegen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der Staatsregierung – Lachen bei der NPD)

Das Interessante ist, dass das eben nicht nur den Bund betrifft, sondern es betrifft – gerade wenn wir über die auf uns zukommenden Risiken sprechen – die Bundesländer und natürlich auch die Kommunen.

(Jürgen Gansel, NPD: Verlogene Euro-Heuchler!)

Für jeden, für den Werte wie Stabilität, Solidität und Verantwortung der Kompass in der Finanzpolitik sind – und zumindest für die Landesregierung in Sachsen ist das der Fall –, ist die Entscheidung der EZB ein Schlag ins Kontor. Sie stellt unsere finanzpolitischen Werte auf den Kopf und bettet diejenigen weich, die über Jahre ihre finanzpolitischen Hausaufgaben nicht erledigt, die über ihre Verhältnisse gelebt und durch eigenes Verschulden die europäische Staatsschuldenkrise herbeigeführt haben. Sie werden auf frisch gedruckten Euro-Scheinen gebettet. Ihnen wird suggeriert, dass man auf nachhaltige Reformen zu Hause verzichten kann, indem man frisches europäisches Geld über die Ladentheke schiebt. Mir ist neu, meine Damen und Herren, dass man seine Staatsfinanzen auf Dauer über das Drucken von Geld in den Griff bekommt.

Sie wissen alle, dass CDU und FDP hier in Sachsen andere finanzpolitische Überzeugungen und Werte teilen.

(Andreas Storr, NPD: Aber trotzdem immer wieder einknicken!)

Für uns sind Stabilität, Solidität und Verantwortung der Maßstab. Mit solch einer Politik haben wir den Freistaat Sachsen gut durch die Krise gebracht. Genau das ist das richtige Rezept für die Zukunft. Nur so kann Sachsen eine gute Zukunft haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vielleicht sollten wir uns kurz an die Haushaltsverhandlungen vor zwei Jahren erinnern.

(Zuruf von der SPD: Besser nicht!)

Bei der Verabschiedung des letzten Doppelhaushaltes war Sachsen unter dem Eindruck der internationalen Wirtschaftskrise und Finanzkrise, unter dem Eindruck einbrechender Steuereinnahmen und erstmals zurückgehender Mittel aus dem Solidarpakt gezwungen, harte Einschnitte im Landeshaushalt vorzunehmen und Strukturreformen in Angriff zu nehmen. 1 Milliarde Euro haben wir damals im Landeshaushalt sparen müssen. Das ist, glaube ich, ein einmaliger Kraftakt gewesen. Das hat kein anderes Bundesland bisher zu stemmen geschafft.

Die Reihe der zutiefst unpopulären Maßnahmen war sehr lang. Diese werden uns bis heute von der Opposition vorgehalten, ob es die Abschaffung der Beitragsfreiheit für das letzte Kita-Jahr war, die Abschaffung des Weihnachtsgeldes für unsere Beamten oder auch die Kürzungen bei den Investitionen.

Die Demonstrationen, von denen wir heute eine vor dem Landtag haben, sind für uns nicht neu. Wir sind damit erfahren. Demonstrationen gab es auch damals in Größenordnungen. Diese Proteste haben wir alle vor Augen. Es ist auch niemandem in der Koalition leichtgefallen, diese Maßnahmen zu treffen. Aber CDU und FDP hatten die Stärke, diese Proteste auszuhalten und das Notwendige zu tun, auch wenn es unpopulär war. Diese Stärke und die Bereitschaft, für Spar- und Kürzungsmaßnahmen Verantwortung zu übernehmen, bildeten die Grundlage dafür, dass der Freistaat Sachsen viel besser als andere durch die Krise gekommen ist und jetzt in der Aufschwungphase freie Sicht nach vorn hat. Dafür möchte ich mich noch einmal bei den Abgeordneten von CDU und FDP und auch beim Kabinett bedanken.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Entwicklung des Freistaates wird davon getragen, dass wir zu unseren Grundsätzen stehen. CDU und FDP stehen zu einem Haushalt ohne neue Schulden, weil wir uns nun mal dafür entschieden haben, den jungen Leuten in diesem Land nicht noch mehr Lasten auf ihren Rücken zu binden, und zwar zusätzlich zu denen, die sie ohnehin schon tragen müssen, angesichts einer völlig veränderten Arbeitswelt und auch angesichts des demografischen Wandels.

Wir sind nicht bereit, eine Politik mitzutragen, die junge Menschen dafür zahlen lässt, dass wir uns heute besser einrichten, als es uns eigentlich zusteht.

(Beifall des Abg. Carsten Biesok, FDP)

Auch die künftigen Verantwortungsträger, auch die jungen Menschen müssen noch Spielräume haben. Nur eine Politik ohne neue Schulden sichert diese Handlungsspielräume. Genau deswegen hat Prof. Unland genau das Richtige gesagt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, der CDU
und der Staatsregierung)

Deshalb machen wir die Finanzpolitik genau so, wie wir sie machen. Ich bin sehr skeptisch gegenüber Vorschlägen wie einem klugen Finanzmanagement, wie es vorhin aus der SPD kam. Ich muss gar nicht herumtricksen und etwas Neues ausprobieren. Wie das ausgeht, sehen wir in anderen Bundesländern, in denen die SPD regiert: Verfassungswidrige Haushalte in Nordrhein-Westfalen, über Berlin brauchen wir gar nicht zu sprechen. Deutschlandweit sieht man überall das gleiche Ergebnis. Dort, wo Sozialdemokraten ihre Hände im Spiel haben, haben sie die Haushalte nicht im Griff. Das muss man festhalten.

(Beifall bei der FDP und der CDU –
Proteste von der SPD)

Bei den schwarz-gelben Ländern sieht es natürlich anders aus. Das wissen Sie selbst. Die Zahlen könnte ich Ihnen vorbeten. Das möchte ich aber nicht machen. Deswegen hat der Finanzminister heute einen Haushalt vorgelegt, der auf Schulden verzichtet, der Altschulden weiter tilgt – auch das ist wichtig – und der Vorsorge betreibt.

Ich weiß, dass die Vorsorge Ihre liebste Spargbüchse ist. In der Opposition sind Sie ja der Meinung, dass wir diese Vorsorge nicht betreiben müssten, oder dass das, was wir in die Vorsorge stecken, zu viel ist. Das mag sein, man kann sicherlich darüber reden, wie man sie gestaltet. Aber ich sage es Ihnen ganz ehrlich, und die Erfahrungen im Freistaat haben das auch gezeigt: Mir ist es lieber, wir federn kommende Risiken ein bisschen komfortabler ab. Mir ist es lieber, wir legen einen Euro mehr zurück,

(Zuruf des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

damit wir für besondere Ereignisse, besondere Herausforderungen entsprechende Mittel zur Verfügung haben und keine bösen Überraschungen erleben.

Ich denke, der Freistaat Sachsen fährt gut damit, eine andere Politik als das Saarland oder die Freie Hansestadt Bremen zu machen. Die haben ihre Handlungsfähigkeit inzwischen komplett verloren. Das kann in Sachsen, zumindest solange CDU und FDP regieren, niemals passieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie wissen: Griechenland ist näher, als man denkt. So mancher finanzpolitische Grieche berlinert längst oder spricht plattdeutsch. Wir sollten uns von dieser Politik

nicht anstecken lassen. Deswegen ist es wichtig, dass wir weiter unseren Generationenfonds bedienen. Ich finde es völlig korrekt, dass wir heute Vorsorge für die Pensionen der Beamten treffen, die für uns gearbeitet haben oder noch für uns arbeiten, damit nicht am Ende junge Leute dafür bezahlen müssen. Das ist unsere Aufgabe und unsere Verantwortung, dafür selbst Vorsorge zu betreiben.

Der neue Doppelhaushalt schreibt die gewohnt solide Finanzpolitik des Freistaates fort und erntet inzwischen den Erfolg der richtigen Weichenstellungen in Krisenzeiten. Wir haben mehr Handlungsspielräume gewonnen und profitieren durch diese Weichenstellungen davon, dass sich die Wirtschaft im Freistaat Sachsen viel besser entwickelt hat, als wir es wahrscheinlich noch vor zwei Jahren gedacht haben. Wir erleben einen enormen Wirtschaftsaufschwung, und ich bin sehr glücklich, dass der Freistaat, dass die Landesregierung dafür die richtigen Weichenstellungen vorgenommen hat.

(Beifall bei der FDP und
des Abg. Steffen Flath, CDU)

Dies spürt man besonders an der deutschlandweit höchsten Investitionsquote, und sie wird auch in diesem Doppelhaushalt die höchste bleiben.

(Zurufe des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Das bedeutet für den Freistaat als einen wichtigen Auftraggeber natürlich auch, dass wir nicht nur unser Land schöner machen, sondern es bedeutet öffentliche Aufträge für unsere Wirtschaft und die Schaffung sowie den Erhalt von Arbeitsplätzen und am Ende eine Verbesserung des Einkommensniveaus unserer Berufstätigen.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Keine Antwort!)

Davon hat auch der Freistaat Sachsen selbst eine ganze Menge; denn unsere Steuereinnahmen entwickeln sich sehr dynamisch. Sie entwickeln sich, wie ich bereits sagte, besser als gedacht. Dass wir so kraftvoll und mit Schwung aus der Krise gekommen sind, hängt mit genau diesen Rahmenseetzungen zusammen. Die Wenigsten hätten es gedacht, aber ich glaube, wir sollten all denen, die dafür zuständig sind, unseren Respekt zollen. Das sind vor allem unsere Unternehmen und die Berufstätigen in Sachsen. Durch ihre Leistungen haben wir es geschafft, dass unsere Steuereinnahmen überhaupt erst diese Höhe erreichen konnten.

(Beifall bei der FDP)

Wir sollten uns aber auch immer dessen bewusst sein, dass es die Steuern der Berufstätigen, die Steuern der Betriebe sind, über deren Verteilung wir hier im sächsischen Haushalt entscheiden, und dass diese Steuern auch in Sachsen nicht gering sind.

Meine Damen und Herren! Wir haben durch diese solide Haushaltspolitik Reserven geschaffen. Diese Reserven greifen wir jetzt an; denn wir haben besondere Herausforderungen zu stemmen. Wovon ich spreche, wissen Sie alle: Es ist in allererster Linie natürlich die Absicherung

des künftigen Lehrerberarfs. Es sind weitere Qualitätsverbesserungen in unserem Bildungssystem, beispielsweise durch die Einführung der neuen sächsischen Oberschule, und Investitionen in Forschung und Innovation, also in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Dafür greifen wir unsere Reserven an. Gott sei Dank haben wir diese Reserven. In anderen Ländern ginge dies schon lange nicht mehr. Ich möchte aber auch eines sagen: Wir sollten uns dringend bemühen, diese Reserven auch wieder anzuspüren. Sobald es eine Möglichkeit gibt, müssen wir unsere Haushaltsausgleichsrücklage wieder ausgleichen; denn es werden auch wieder andere Zeiten kommen. Das ist ein wichtiges Ziel für uns als FDP.

(Beifall bei der FDP –
Heiterkeit der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Trotzdem kann ich mir keinen besseren Grund vorstellen, als diese Reserven für Bildung, für die Schule und für Forschung einzusetzen. Einen besseren Verwendungszweck gibt es nicht. Deshalb ist es richtig, genau jetzt in diese Kasse zu greifen.

Die Verhandlungen beginnen heute. Ich ahne schon heute, dass das Ergebnis im Dezember so ziemlich exakt dem Bild entsprechen wird, das Sachsen seit Jahren charakterisiert: eine Finanzpolitik, die nicht jedem nach dem Mund redet, die – lieber Kollege Dulig, zu Ihrer Bemerkung mit dem Streik – Stimmungen nicht hinterherhechelt, sondern bereit ist, das Notwendige zu tun. So ist Sachsen immer am besten gefahren, und CDU und FDP werden es genau so weitermachen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Das war Herr Kollege Zastrow für die FDP-Fraktion. – Für die Fraktion GRÜNE spricht nun Frau Kollegin Hermenau.

(Jürgen Gansel, NPD, steht am Mikrofon.)

– Oh, Entschuldigung! Bevor wir dazu kommen, sehe ich den Bedarf nach einer Kurzintervention an Mikrofon 7.

Jürgen Gansel, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit zu einer Kurzintervention nutzen, weil ich und meine Fraktion den Eindruck hatten, dass sich Herr Zastrow mit dieser Rede um den Deutschen Kabarettpreis bewirbt.

Es ist haarsträubend, welches Maß an Volksverdummung hier praktiziert wurde, indem Herr Zastrow seine FDP und die Bundesregierung als Bollwerk gegen die Euro-Krise darstellt. Ich möchte für die NPD nur noch einmal daran erinnern, dass die Konstruktionsfehler der heutigen Euro-Krise von der schwarz-gelben Bundesregierung unter Kohl und der FDP-Lichtkone Genscher gemacht worden sind. Damals schon setzten die Fehlentwicklungen ein, die Deutschland und der deutsche Steuerzahler heute ausbaden haben, und wir wissen alle, dass auch diese Bundesregierung unter Rösler/Merkel nicht Getriebene der Euro-Krise ist, sondern die Krise zulasten Deutsch-

lands durch Fehlentscheidungen im Bundestag massiv befördert hat. Sie mögen ihren parlamentarischen Freiheitsgeist Scheffler haben, aber alle deutschlandfeindlichen, den deutschen Staat belastenden Euro-Entscheidungen hat die FDP in der Koalition Merkel mitgetragen.

Insofern ist es äußerst unredlich, wenn Herr Zastrow hier seine FDP Euro-kritisch positioniert, sodass man den Eindruck haben kann, dass Sie hier Presseerklärungen der NPD wiedergeben. Danke schön dafür, dass Sie unsere Position ein Stück weit wiedergegeben haben, aber es ist unredlich; und Sie wissen auch, dass das, was die EZB gestern entschieden hat, im Vorfeld hätte ausgebremst werden können, wenn Ihre Bundesregierung unter Rösler/Merkel mehr Druck auf die entsprechenden Institutionen in der Europäischen Union ausgeübt hätte. Das Ergebnis der gestrigen Entscheidung der Europäischen Zentralbank ist, dass neben der Ausbeutung der deutschen Steuerzahler durch milliardenschwere Steuertransfers in die Schuldnerländer jetzt noch die Enteignung der deutschen Sparer folgt, indem die Notenpresse in Brüssel angeworfen wird und damit die Vermögen der deutschen Sparer entwertet werden.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Die Redezeit für die Kurzintervention ist zu Ende.

Jürgen Gansel, NPD: Ja. – Ich schließe mit der Bemerkung, dass Ihre Ausführungen absolut unredlich waren und Sie die Ausbeutung der deutschen Steuerzahler und die Enteignung der deutschen Sparer in Ihrer Regierung mitverantworten haben.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Das war eine Kurzintervention des Abg. Gansel. – Nun gibt es eine Erwiderung durch Herrn Kollegen Zastrow.

Holger Zastrow, FDP: Kollege Gansel müsste es eigentlich besser wissen – oder vielleicht auch nicht: Der Euro ist eine gute Idee.

(Jürgen Gansel, NPD: Das ist Ihre Meinung!)

– Nach wie vor ist er eine gute Idee. Ich finde auch, dass er gar nicht so schlecht gemacht ist, und ich bin dankbar, dass der Euro in den Neunzigerjahren unter Schwarz-Gelb – mit viel Unterstützung von anderen Parteien – auf den Weg gebracht worden ist.

Es gibt ein Instrumentarium, das sich Maastricht-Kriterien nennt, und es legt fest, dass wir uns an Stabilitätskriterien halten müssen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Genau das ist es, was leider in Europa schiefgegangen ist, und – das müssten Sie wissen – war das nicht unter der schwarz-gelben Regierung, sondern, ich glaube, unter Rot-Grün. Damals hat Deutschland selbst als erstes Land in Europa die Stabilitätskriterien gerissen. Seitdem ist das Schuldenmachen in Europa en vogue. Seitdem halten sich auch andere Länder, die größere Probleme als wir haben,

nicht mehr an die Regeln, und dieses Sich-nicht-an-Vereinbarungen-Halten ist es, was uns die Probleme eingebrockt hat.

(Jürgen Gansel, NPD: Alle das gleiche Pack!)

Was die Situation der Bundesregierung betrifft, bin ich sehr sicher, dass wir ohne die FDP in einer anderen Regierungskonstellation längst die Vergemeinschaftung von Schulden über die Einführung von Euro-Bonds hätten. Wir sind der Garant dafür, dass genau das bisher nicht passiert ist, und diesen Einfluss nehmen wir auch weiterhin wahr. Ich denke, dass es genau das Richtige ist. Das Leistungs- und Verursacherprinzip muss auch in der Europäischen Union weiterhin gelten. Wer über seine Verhältnisse lebt, muss auch selbst die Folgen ausbaden. Verantwortung darf man nicht „vergemeinschaften“. Für diese Politik stand die FDP schon immer, und sie wird es auch in Zukunft tun.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Gansel, NPD:
Ja, ja, und die Erde ist eine Scheibe!)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Das waren Kurzintervention und Reaktion. – Wir kommen nun zur Rednerliste. Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Hermenau.

Antje Hermenau, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Der Haushaltsentwurf, den Sie von der Regierungsbank vorgelegt haben, ist eine interessante Mischung.

Man muss ganz akribisch einsteigen, um alles herauszubekommen. Die Mischung besteht auf der einen Seite in Einzeletats, diesen auf Kante zu nähen, streng zu wirtschaften und auch Risiken einzugehen. Dann bauen Sie sich neue Spargbüchsen auf – ganz interessant. Sie haben auch Einsicht gezeigt und wollen sich gern beim Ertappen einsichtig zeigen – das ist die Frage der Rücklagen –, und Sie haben, wie ich finde, neue Wege kreativer Haushaltsführung eingeschlagen. Aber im Prinzip geht es immer nur darum, dass Sie aktuell gerade in Liquidität schwimmen und nicht wissen, wie Sie das kaschieren sollen, der Stöpsel in der Wanne aber schon gezogen ist und alle wissen, dass in der nächsten Zeit irgendwann mal Trockenschwimmen angesagt ist. Und was tun Sie noch? Sie sprechen von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Ich habe daran meine Zweifel und finde, es ist intransparent, was Sie hier veranstalten. Dazu werde ich noch einige Ausführungen machen.

Außerdem finde ich die Frage des Kollegen Dulig interessant. Es war mir selbst auch nicht klar, ob zum Beispiel Zahlungen aus dem Garantiefonds auf die Investitionsquote angerechnet werden. Damit wird noch einmal ein ganz anderes Licht auf die Problematik „Straße statt Kita und Schule“ geworfen.

Sie sprechen von Solidität und Stabilität. Was Sie hier in den letzten drei Jahren veranstaltet haben, war eine Achterbahnfahrt ohnegleichen, und die ganze Bevölkerung durfte mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jeder durfte einmal die Beständigkeit und Resistenz seines Magens testen gegen das, was Sie hier verbochen haben. Das Gegenteil von Solidität und Stabilität haben Sie hier verursacht.

Herr Zastrow hat wieder im mannhaft-jugendlichen Tremolo vom einmaligen Kraftakt geschwätzt. Aber im Prinzip war es auf dem Rücken der Bevölkerung, und Sie versuchen jetzt diesen Murks auch noch damit zu verteidigen, dass Sie das Notwendige getan hätten. Nein, Sie haben genau das Notwendige nicht getan. Sie haben nicht in die Rücklagen gegriffen und die Situation nicht stabilisiert, sondern Sie haben diese Achterbahnfahrt veranstaltet, die viele Leute im Land verunsichert hat, und zwar nachhaltig. Das haben Sie hinbekommen.

Wir haben hier 2010 in der Debatte gestanden. Ich habe gesagt: 2013/2014 wird es wahrscheinlich noch Wahlgeschenke geben. Diese werden Sie jetzt gleich mit ansparen, wenn Sie schon mal eine Rosskur machen und es sich mit allen verderben. Sie werden Spargbüchsen anlegen. Ich halte das für zynisch, habe ich Ihnen damals gesagt. All das ist eingetreten: Genauso haben Sie es gemacht. Es hilft auch nicht, dass Sie beim Rhetorikkurs waren. Oder vielleicht sind Sie heute auch putzmunter, weil Sie sich wie Hans im Glück fühlen. Ich kannte mal einen Hans im Glück: Das war Hans Eichel. Danach kam die Rezession.

Sie haben diese Achterbahnfahrt gemacht. In der Zeit vor zwei Jahren gab es weniger Steuereinnahmen. Es gab Einbrüche. Die Rezession war da. Sie haben erst einmal ein halbes Jahr lang behauptet, Sie hätten gar keine Rücklagen, in die Sie greifen könnten. Ich musste noch einmal einen Brief an alle Kollegen im Landtag schreiben, um das zu klären. Dann gab es die Rücklagen doch, und Sie haben sie auch für den Haushalt 2011 und 2012 benutzt, um eben antizyklisch und nicht prozyklisch zu handeln. Das war im Prinzip eine kleine Schuldenbremse über die Rücklage, die Sie veranstaltet haben.

Mich ärgert aber, dass das alles immer so im Intransparenten und Unklaren laufen muss. Wenn Sie einen Vorschlag haben, der vernünftig ist, dann können Sie ihn auch breit und öffentlich diskutieren. Jetzt fangen Sie mit dem Geschwurm wieder an. Jetzt geht es wieder von vorn los. Wenn man es sich einmal anschaut: Sie haben damals gesagt, wir haben gerade in dieser Krise gelernt, dass eine systematische Analyse notwendig ist, um die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Wir dürfen den sächsischen Haushalt nicht auf konjunkturpolitischen Sand bauen. Das haben Sie 2010 – vor diesem Crash mit der Achterbahn, den wir erlebt haben – gesagt.

Das hätte auch jetzt für den Haushalt 2013/2014 gelten dürfen. Ich hoffe nicht, dass wieder eine Achterbahnfahrt stattfindet. Aber wenn ich mir Ihre Steuerprognosen anschau, auf die Sie bauen: Woher nehmen Sie denn diesen Glauben? Die OECD hat gerade eine sehr klare andere Prognose veröffentlicht.

Entweder bezweifeln Sie selbst die Höhe Ihrer Steuereinnahmen, oder Sie schwimmen im Geld und wollen nicht, dass der Herr Seehofer das nächste Jahr in seinem Wahlkampf in Bayern gegen Sie benutzt, weil Sie vielleicht mehr als 1 Milliarde Euro Rücklagen haben. Das ist Ihr Problem, ein politisches Problem, weil Herr Seehofer auf dem Weg ist, wegen des Finanzausgleiches zu klagen.

Oder Sie rechnen damit, dass nächstes Jahr im Bund eine andere Regierung drankommt und Steuermehreinnahmen zustande kommen, die Sie automatisch mit einpreisen können; dann werden Rücklagen wieder sicher, auch das ist möglich. Das würde aber bedeuten, dass Schwarz-Gelb nicht weiterregieren wird, Herr Zastrow.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie verschieben bestimmte Probleme – wir hatten diesen Tanz mit den Rücklagen durchgezogen. Die Rücklagenbewirtschaftung des Finanzministeriums ist jetzt transparenter geworden, musste damals jedoch als Gegenteil von nachhaltiger Haushaltspolitik verstanden werden. Sie haben diese Rücklagenbildung auch übertrieben und gravierende Fehler gemacht. Jetzt verkaufen Sie diese Korrektur, die Sie vornehmen müssen, als solide Haushaltspolitik.

Sie haben selbst davon gesprochen, dass Einnahmen aus Rücklagen Einmaleffekte sind, mit denen man eigentlich keine dauerhaft laufenden Ausgaben finanzieren kann. Sie begründen den Griff in die Rücklage damit, dass Sie das Bildungspaket finanzieren müssen. Ja, was denn nun? Wenn es eine einmalige Geschichte ist, können Sie es nicht für Gehälter ausgeben. Ist es eine einmalige Geschichte, dann haben Sie das Bildungspaket nicht solide finanziert. Was ist denn eigentlich hier Fakt?

Ich habe mich gefragt, warum Sie 2014 dieses Risiko eingehen, dass da etwas mit dem Haushalt schiefgehen könnte. Man kann Ihnen da vieles unterstellen, Dummheit würde ich Ihnen aber nie unterstellen. Die Sache ist doch schnell sehr klar geworden. Die Förderperioden der Europäischen Union – die eine endet am 31.12.2013, die nächste beginnt am 01.01.2014 – überlappen sich, weil man nämlich Mittel aus der alten Periode bis nach 2015 übertragen kann, und die neue hat schon angefangen, da geht das dann übereinander. Somit haben Sie einen Liquiditätsüberschuss, den Sie so hineingeschrieben haben, dass Sie diesen nach 2015 und 2016 verplanen und wegschieben können. Müssen Sie zum Beispiel wieder Kürzungen machen, weil Steuereinnahmen zurückgehen oder Ihnen die Kofinanzierungsmittel für die EU-Mittel der neuen Förderperiode fehlen, dann machen Sie einfach die N-Plus-2-Regelung – zwei Jahre die EU-Mittel verschieben, weil die Kofinanzierungsmittel gerade nicht vorhanden sind – und Sie müssen dann nicht wieder so durch den Haushalt holzen wie vor zwei Jahren. Das wäre in Ordnung, weil das besser ist als das Gemetzel, das Sie vor zwei Jahren veranstaltet haben. Es ist aber in der Sache nicht in Ordnung, dass Sie das nicht transparent darstellen – das geht überhaupt nicht meiner Meinung nach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die eine Seite ist, dass in diesem Bereich neue Sparbüchsen angelegt werden. Zudem muss man auch noch damit rechnen, dass jetzt noch ganz viele – für jeden Wahlkreis-abgeordneten ein Bändchen zum Durchschneiden – Besuch bekommen von Herrn Morlok, der dann überall bei Ihnen Bändchen durchschneidet, bei unbedeutenden kleinen Sträßchen, im Zweifel auch bei der Baustelleneinfahrt – Hauptsache er ist im Fernsehen gewesen.

Nachdem die Rücklagenfrage geklärt ist und wir über neue Sparbüchsen in Ihrem Haushalt reden, und die EU-Mittel sind eine Sparbüchse bei Ihnen – auch eine unbekannte, aber auch eine Sparbüchse –, kommen wir noch einmal auf die zweite Möglichkeit, Sparbüchsen anzulegen, zurück, und zwar die Möglichkeit, wie Sie bewusst Ausgabenreste im Haushalt produzieren, auf die Sie dann zurückgreifen können. Die Koalition und die Staatsregierung haben in meinen Augen die Sozialpolitik als politisches Feld längst aufgegeben – Sie haben es aufgegeben. Sie haben es aufgegeben und nutzen es dazu, künstlich Ausgabenreste aufzubauen.

Schaut man sich das einmal bei dem Thema Hospiz an – eine Frage, die mehr Kollegen als nur unsere beschäftigt –, dann ist es so, dass Sie dort eine neue Titelgruppe gebildet haben, die Sie „Demografischer Wandel“ nennen. Es sieht optisch danach aus, als würden mehr Mittel eingestellt werden. Die Förderrichtlinien zur Bewirtschaftung dieses Geldes sorgen allerdings dafür, dass dieses Geld nicht abfließen kann. Dieser Haushaltsansatz ist ein Potemkinsches Dorf; Sie werden dort wieder nur eine Sparbüchse aufbauen. Wir haben das selbst erlebt. Vor zwei Jahren haben wir eine Erhöhung bei den Betreuungsvereinen durchgesetzt, allerdings wurde die Förderrichtlinie nicht angepasst, weswegen das Geld nicht abfließen konnte. So geht das jetzt weiter. Das ist das eine. Das andere ist, dass Sie gerade im Sozialhaushalt mehrere Titel zusammenrechnen, insgesamt gibt es dann mehr Geld. Hätten Sie allerdings die Einzeltitel summiert, wäre das der viel größere Betrag gewesen. Das heißt, Sie kürzen im Sozialbereich, indem Sie verschiedene Bereiche zusammenpacken. Wir werden das im Detail ausdiskutieren.

Eine ganz schizophrene Veranstaltung ist es, was zum Thema Personalabbau kommt. Herr Martens äußert in der Presse, dass es ihn sehr bedrücke, wie viel Stellenabbau im Bereich der Justiz stattfindet, und er nicht genügend Leute zur Verfügung habe, und drückt dann öffentlich eine Träne aus. In seinem Haus hat er alle kw-Stellen sauber umgesetzt, die ihm der Finanzminister aufgedrückt hat. Ja, was denn nun? Es gibt einen öffentlichen Herrn Martens und einen hausinternen Herrn Martens. Mit dieser Art und Weise kommen wir auch einmal zu der Verantwortung aller Minister – dass der Ministerpräsident keine Verantwortung übernimmt, wissen wir inzwischen alle im Land, das ist nicht neu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es gibt noch ein paar Ministerinnen und Minister, die alle geschworen haben, zum Wohl des sächsischen Volkes tätig zu sein – jede und jeder Einzelne von Ihnen.

(Zuruf: Genau!)

Sie haben allerdings sehr unterschiedlich Ihr Haushaltsaufstellungsschreiben interpretiert, um das mal ganz freundlich und ohne Beleidigung auszusprechen. Da gibt es riesige qualitative Unterschiede in den einzelnen Ministerien – kleinere und größere Betrügereien, ehrliche und unehrliche Haushalte, auf Kante genährte Haushalte und Sparbüchsenhaushalte. Jeder macht da sein Ding. Das passiert, wenn keiner Führung übernimmt und wenn es der Ministerpräsident nicht gemacht hat und Sie es nicht gemacht haben, Herr Finanzminister. Weil Sie kein Controlling machen zu dem, was Sie in Ihr Haushaltsaufstellungsschreiben hineingeschrieben haben, haben wir hier eine putzmuntere Gesellschaft von Individualisten, die nachweisen will, dass sie wenigstens gute Teilzeitminister gewesen sind. Das kommt dabei heraus.

Die Lehrermangelfrage wird vorgeschoben, Bildungsqualität ist auf einmal kein Thema mehr – das ist auch ein Problem. Die Lehrermangelfrage haben Sie selbst während Ihrer Regierungszeit über sechs bis sieben Jahre aufgebaut. Das haben Sie sich redlich verdient, dass das jetzt explodiert. Nun mussten Sie wenigstens etwas korrigieren, weil Sie im Prinzip nicht wussten, was Sie noch machen sollten – das wurde Ihnen abgetrotzt, so wie wir Ihnen die Klarheit bei den Bürgschaften abgetrotzt oder bei den EU-Mitteln versucht haben, über das Verfassungsgericht Klarheit zu bekommen. Jedes Fitzelchen muss Ihnen aus der Hand gepuhlt werden – das ist das Gegenteil von Haushaltstransparenz und von Solidität. Man muss es deutlich sagen, dass dieser Haushalt nicht solide durchfinanziert worden ist.

Sie haben eine Reihe von Unbekannten, die Haushalte werden volatiler, was damit zu tun hat, dass sie von Steuereinnahmen abhängiger werden – das ist klar, das haben wir in diesem Haus diskutiert. Wie gesagt, haben Sie sich meiner Meinung nach ein neues System an Sparbüchsen ausgedacht. Sie lassen den Ministern maximale Freiheit, die Wahlkreisabgeordneten bekommen alle ein Bändchen zum Durchschneiden und dürfen vielleicht noch einmal überlegen, ob sie Herrn Morlok bitten oder nicht.

Das ist im Großen und Ganzen der gesamte Haushaltsvollzug, vor dem wir stehen. Das ist der erste Eindruck, den ich hier gewinnen musste, nachdem ich mir das etwas gründlicher angeschaut hatte – die Fraktion teilt diesen Standpunkt.

Wir haben drei Monate Zeit, dort Klarheit hineinzubringen, und auf diese Debatte freue ich mich.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN,
den LINKEN und der SPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die NPD-Fraktion; Herr Abg. Apfel, bitte.

Holger Apfel, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben heute den Doppelhaushalt vorliegen. Sachsens Altministerpräsident Kurt Biedenkopf bezeichnete den Haushalt einst in einem Beitrag für die „SZ“ als Schicksalsbuch eines Landes, da sich aus ihm die Ordnung der staatlichen Aufgaben und ihre Wichtigkeit ablesen lassen. Nun, diese Zeiten sind vorbei.

Inzwischen scheint die Staatsregierung den Haushalt nicht mehr als Schicksalsbuch, sondern als Wahlkampfinstrument anzusehen. Während vor zwei Jahren in der mittelfristigen Finanzplanung noch mit einem Einnahmeneinbruch von über 1 Milliarde Euro gerechnet wurde, geht die Staatsregierung heute davon aus, dass die Einnahmen gegenüber dem Doppelhaushalt 2011/2012 um 1,5 Milliarden Euro steigen. 2014 soll das Haushaltsvolumen laut Regierungsentwurf wieder deutlich über dem Niveau von 2010 liegen, als Sachsen wesentlich stärker als heute von Zahlungen durch den Solidaripakt II profitierte.

Der überzogene Pessimismus der Regierung, der die Haushaltsberatungen vor zwei Jahren dominierte, ist nun in einen überzogenen Optimismus umgeschlagen, der durch die realwirtschaftliche Situation nicht gedeckt ist. So wurde in dieser Woche bekannt, dass die bislang als unverwundbar geltende deutsche Exportindustrie im August den stärksten Auftragsrückgang seit der Finanzkrise 2009 hinnehmen musste. Diese Tendenz bestätigte auch der Ifo-Geschäftsklimaindex, also das wichtigste deutsche Konjunkturbarometer. Im August wurde dort das vierte Mal in Folge ein Rückgang verzeichnet.

Die Zeit der sprudelnden Steuereinnahmen ist vorbei, auch in Sachsen. Realistisch muss man davon ausgehen, dass im sächsischen Haushalt weit Schlimmeres bevorstehen könnte als ein normaler Abschwung im Rahmen des üblichen Konjunkturzyklus. Ministerpräsident Tillich bekannte am 11. Juli in seiner Regierungserklärung, dass es Einschnitte bei den bis 2019 gesetzlich zugesagten Hilfen für die mitteldeutschen Länder aus dem Solidaripakt gibt, falls Deutschland Kapitalnachsüsse aus dem ESM in den Bundeshaushalt leisten müsse.

Herr Tillich, Herr Unland, ich frage Sie: Wenn Ihnen dieses Risiko bewusst ist, wieso spiegelt es sich dann nicht in Ihrem Haushaltsplan wider? Wieso unterstützt Sachsen im Bundesrat weiterhin die Rettungspolitik der Bundesregierung für südeuropäische Pleitestaaten?

(Beifall bei der NPD)

Eine Rettungspolitik, die uns laut Haftungspegel des Ifo-Institutes eine Haftungssumme bis zu der unfassbaren Höhe von 778 Milliarden Euro aufbürdet. Eine Rettungspolitik, die nichts rettet, nicht den Euro, keine Not leidenden Menschen, keine kriselnden Staaten, sondern allein marode Banken und das Weltfinanzsystem. Eine Rettungspolitik, mit der die Menschen im Lande nichts anfangen können. 73 % der Bürger sind gegen die Eurobonds, 59 % gegen die Abtretung des Haushaltsrechtes

nach Brüssel, 63 % gegen einen EU-Präsidenten, wie ihn Finanzminister Schäuble fordert, 74 % gegen die vereinigten Staaten von Europa. 54 % der Bürger hoffen in einer aktuellen Umfrage, dass das ESM-Gesetz vom Bundesverfassungsgericht gekippt wird.

Doch das alles schert die Regierung einen feuchten Kehricht. Skrupellos wird ein Beschluss nach dem anderen gefällt, und es wird immer deutlicher: Die Regierung, ob nun im Bund oder hier im Lande, betreibt schwersten Verrat an nationalen Interessen Deutschlands und versündigt sich an nachfolgenden Generationen.

(Beifall bei der NPD)

Ich frage Sie: Wie lange wollen Sie sich noch der Illusion hingeben, dass Sachsen inmitten der immer weiter eskalierenden Krise eine Insel der Glückseligen bleibt? Wenn ich mir insbesondere die Rede von Herrn Zastrow vornehme – mein Kollege Gansel ist bereits darauf eingegangen –, dann sage ich: Um Gottes willen, Herr Zastrow, handeln Sie und dreschen Sie nicht einfach nur populistische Phrasen; denn Ihre FDP ist doch mitverantwortlich dafür, wenn Schutzschirme in Abermilliardenhöhe gespannt werden. Sie ist verantwortlich dafür, dass letzte Reste staatlicher Souveränitätsrechte des Bundestages nach Europa abgetreten werden. Jetzt stellen Sie sich hier hin und jammern über die Ergebnisse des Ermächtigungsgesetzes, das im Zuge der ESM-Abstimmung im Bundestag verabschiedet wurde.

(Beifall bei der NPD)

Sie sprechen von einem schwarzen Tag für Deutschland. Das ist so unredlich, wie es in der Sache wahr ist; denn tatsächlich ist die EU spätestens seit dem gestrigen Tag zu einer Transferunion verkommen. Die Märkte sprechen nicht zuletzt auch heute schon vom Tod der Deutschen Bundesbank. Die gestrigen Beschlüsse widersprechen eindeutig dem Verbot der Staatsfinanzierung. Herr Zastrow, wenn Sie sich nicht endgültig unglaubwürdig machen wollen, dann sorgen Sie als stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP endlich dafür, dass Ihre Bundesregierung die EZB wegen der gestrigen Beschlüsse vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt und deren Nichtigkeit erklärt wird.

(Beifall bei der NPD)

Wenn denn der EuGH diese Klage ablehnen sollte, dann muss die Bundesregierung eben in Nachverhandlungen zu den Verträgen von Maastricht und Lissabon eintreten. Dann muss als Ziel ganz klar definiert werden, dass es darum gehen muss, den Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank grundsätzlich auszuschließen, und dass ferner damit Schluss sein muss – das haben Sie zu Recht angesprochen –, dass im EZB-Rat Kleinststaaten entscheiden können. Dazu ist es selbstverständlich erforderlich, dass eine Stimmenverschiebung stattfinden muss und dass die Länder mit dem größten Kapitalanteil auch den größten Einfluss innerhalb der Europäischen Zentralbank haben müssen.

(Beifall bei der NPD)

Herr Unland, Herr Tillich, Herr Zastrow, es ist einfach grotesk: Sie sprechen von Sparmaßnahmen, von Konsolidierungsmaßnahmen, die Sie hier im Lande betreiben wollen. Das wird alles Makulatur vor dem Hintergrund der großen Entscheidungen,

(Andreas Storr, NPD: Richtig!)

die in Berlin, Straßburg und Brüssel getroffen werden.

Machen wir uns nichts vor: Wenn die Kosten der Eurokrise, die nach Schätzung des Präsidenten des Ifo-Institutes bei einer Billion liegen, nicht weiter in die Zukunft verschoben werden können, dann steht nicht nur die BRD, sondern logischerweise auch der Freistaat vorm Bankrott. Die auf dem Papier bestehende Trennung des Bundeshaushaltes von den Länderhaushalten wird zur bedeutungslosen Formalie, denn die volkswirtschaftlichen und haushaltspolitischen Verpflichtungen zwischen Bund und Ländern sind doch so eng, dass sich die dramatische Belastung oder Schiefelage des Bundeshaushaltes unweigerlich auf die Länder auswirkt.

Die NPD bleibt deshalb bei ihrer Forderung, dass die Staatsregierung auf nationaler und europäischer Ebene ihren Einfluss nutzen muss, um sich gegen die sogenannte Rettungspolitik zu stellen, mit der Deutschland in Plünderungshaft genommen wird und sehenden Auges Kurs in den Staatsbankrott nimmt. Es ist Unfug, wenn sich die Staatsregierung hinstellt und hier im Rahmen der Haushaltsdebatte einen Sparkurs und schuldenfreie Haushalte einfordert und gleichzeitig Mitverantwortung trägt, dass Milliarden und Abermilliarden an Rettungspaketen geschnürt werden; Rettungspakete, für die die Menschen hier im Freistaat Sachsen haften müssen. Alle Spar- und Konsolidierungsbemühungen auf Landesebene sind sinnlos, wenn Sie und Ihresgleichen Deutschland in der Eurokrise weiter in Richtung Abgrund treiben und einen großen Teil der deutschen Steuereinnahmen für Zockerbanken und Pleitestaaten verpfänden.

(Beifall bei der NPD)

Es ist einfach grotesk, wenn die Regierung den eigenen Bürgern immer wieder harte Einschnitte und Sparmaßnahmen zumutet, um im Bundesrat dann wiederum den treudoofen Erfüllungsgehilfen der milliardenschweren Rettungspolitik der Merkels und Schäubles zu spielen.

Herr Unland, Herr Tillich, wenn Sie in Zukunft wirklich noch die Chance haben wollen, aktiv die Zukunft des Landes zu gestalten, wie es der Anspruch Ihrer Pressemitteilung ist, dann entziehen Sie der gescheiterten Eurokrisepolitik der Bundesregierung endlich Ihre Unterstützung. Ich will an dieser Stelle durchaus daran erinnern, dass wir mit Kurt Biedenkopf und Georg Milbradt noch 1998 ganz andere Charaktere hier in diesem Landtag hatten, die ein ganz anderes Format als die heutige Unionsclique der Abnicker und Karrieristen besaßen,

(Zuruf von der CDU: Was heißt hier „wir“?)

als sie zur Zeit der Euroeinführung im Bundesrat nicht zugestimmt haben und Sachsen das einzige Bundesland war, das sich immerhin der Stimme enthielt. Angesichts dessen, dass heute Prof. Milbradt zum Kreis jener 172 anerkannten Wirtschaftswissenschaftler zählt, die zu Protesten gegen die Beschlüsse des letzten EU-Gipfels aufgerufen haben, wird man fast wehmütig, wenn man zusehen muss, wie unser Land, wie unser Sachsen heute von einem Dilettantenstab systematisch zugrunde gerichtet wird.

Ihr Haushaltsentwurf ist in doppelter Hinsicht ein Luftschloss und auf Illusionen gebaut, weil er zum einen fälschlicherweise davon ausgeht, dass die Länder nicht an den immensen Kosten der Eurokrise beteiligt werden, und zum anderen, weil er auch die dramatische Zwangslage ignoriert, in der sich Sachsen durch den Rückgang der Einnahmen aus dem Solidarpakt, dem Länderfinanzausgleich und der Forderung der EU und nicht zuletzt durch den demografischen Zusammenbruch befindet.

Der von der Staatsregierung für das Wahljahr 2014 geplante Ausgabenaufwuchs auf 16,9 Milliarden Euro ist von zwei nicht wiederholbaren Einmaleffekten geprägt, nämlich von einem Überlappungseffekt der EU-Förderperioden und der zeitweiligen Erhöhung der Zuwendungen aus dem kommunalen Finanzausgleich, die auf den hohen Abrechnungsbeträgen beruht, die aus den erwarteten Steuermehreinnahmen 2012 resultieren. Das hohe Ausgabenniveau für 2014, mit dem sich die Regierung einen Wahlsieg erkaufen will, ist keineswegs nachhaltig und wird innerhalb eines längeren Zeitraumes nicht mehr erreicht werden.

In einer solchen Situation kommt es darauf an, die vorhandenen Gelder nur für Zwecke einzusetzen, die der langfristigen Überlebensfähigkeit Sachsens dienen, denn nach Angabe des Statistischen Landesamtes müssen wir bis zum Jahre 2025 einen weiteren Rückgang der Einwohnerzahl um 8,2 bis 10,7 % verkraften.

Ihr Grundproblem, Herr Unland, Herr Tillich, liegt darin, dass Sie halbwegs qualifizierte Verwalter sein mögen, aber Sie lassen jedweden Gestaltungswillen vermissen, der so dringend nötig wäre, um Sachsen eine wirkliche Zukunftsperspektive zu eröffnen.

(Beifall bei der NPD)

Ich weiß, dass Sie und Ihre Regierung nur in der internationalen Vernetzung der Metropolregionen Dresden, Leipzig und Chemnitz noch eine Zukunftsperspektive sehen, während Ihnen die Vernetzung dieser Regionen mit dem Rest des eigenen Landes und dessen immerhin circa 65 % der sächsischen Bevölkerung egal zu sein scheint.

Ich sage Ihnen aber: Mit dieser Politik werden Sie früher oder später aus Sachsen ein Armenhaus machen, denn wir sind und bleiben ein Flächenland und können nicht allein von den Metropolen leben. Ganz im Gegenteil: Wenn der Globalismus am Ende ist, werden nur jene Länder eine Überlebenschance haben, die sich ein ausgewogenes

Verhältnis zwischen Stadt und Land und eine gesunde Bevölkerungsstruktur erhalten haben.

Was und wie tragen Sie mit Ihrem Haushaltsentwurf dazu bei? Dazu müssten Sie zum Beispiel nicht nur die Hochschulen fördern, sondern auch die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, vor allem in den kleineren Orten und auf dem flachen Land, damit es für junge Familien attraktiv bleibt bzw. überhaupt erst wieder attraktiv wird, dort zu leben und ihre Kinder großzuziehen. Aber ausgerechnet im Bereich der allgemeinbildenden Schulen, dem wichtigsten Politikfeld mit Länderkompetenz, weitet sich Ihre Weigerung zur aktiven Gestaltung des Landes zum schwarzen Loch des totalen Versagens aus.

Es ist kaum zu fassen: Da werden 500 junge qualifizierte Lehrer abgelehnt, obwohl die Staatsregierung mit 400 Millionen Euro Steuermehreinnahmen rechnet und der Lehrermangel inzwischen so dramatisch zunimmt, dass an vielen Schulen die gesetzliche Klassenobergrenze von 28 durchbrochen wird. Kulturministerin Brunhild Kurth bezeichnet das dann auch noch zynisch als „Mut zur effizienten Klassenbildung“.

Gleichzeitig gestatten Sie dem Koalitionspartner FDP, der nun mit gebrochenen Wahlversprechen glänzt, seine Schaufensterprojekte der Oberschule durchzudrücken, ohne zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen. Vergessen Sie nicht Ihre anderen selbstgewählten Baustellen Inklusion und Gender-Mainstream-Wahn. Hier müsste dringend einiges überdacht, am besten komplett über Bord geworfen werden.

Doch nicht nur in der Schulpolitik zeigt die Staatsregierung, dass sie keine Ahnung hat, was für dieses Land wichtig ist, damit es als Flächenland überleben kann. Auch bei der Familienpolitik ist im Haushaltsentwurf Fehlanzeige. Schon im letzten Haushalt wurden wichtige Leistungen für Familien zurückgefahren. Das Landeserziehungsgeld wurde um 25 % gekürzt, das beitragsfreie Kindergartenjahr gestrichen. Angesichts der demografischen Lage, die CDU-Fraktionschef Flath in einem hellen Moment als demografische Katastrophe bezeichnet hat, und angesichts der geplanten sonstigen Mehrausgaben hätten wir erwartet, dass diese Leistungskürzungen rückgängig gemacht werden.

Dass das nicht der Fall ist, zeigt, dass die Staatsregierung nicht nur herzlos gegenüber den wirtschaftlich Schwächsten im Lande ist, sondern auch, dass sie keine Ahnung hat, wo der wirkliche Reichtum unseres Landes liegt, nämlich in seinen Kindern und in den jungen deutschen Familien, von denen es leider Gottes viel zu wenige gibt, vor allem im ländlichen Raum.

Für diese Regionen, die den Großteil unseres Landes ausmachen, hat die Staatsregierung keine Gestaltungsperspektive und keinen Erhaltungswillen, sonst würde sie nicht die Fördermittel für regionale betriebliche Investitionen, für die Verbesserung der regionalen Infrastruktur um fast 30 % kürzen, von 1 000 088 000 Euro auf 785 Millionen Euro. Wenn sie das mit abnehmenden EU-

Mitteln begründet, sage ich dazu gerade auch mit Blick auf die vielen Milliarden Euro, die Deutschland als größter Nettozahler der EU jedes Jahr nach Brüssel leisten muss: Die Gestaltung und Förderung unserer sächsischen Regionen obliegt nicht der Europäischen Union, sondern ist das ureigenste Aufgabengebiet der sächsischen Regierung und der sächsischen Volksvertreter, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der NPD)

Ein weiteres Beispiel, welches das fehlende Bewusstsein der Staatsregierung für die Belange des ländlichen Raums zeigt, ist die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs, der im letzten Doppelhaushalt erheblich gekürzt und jetzt leicht angehoben wurde. Aber, meine Damen und Herren, so handelt keine Regierung, die das Potenzial ihres Landes als vielseitige und vielgestaltige Heimat zum Wohnen, Leben und Arbeiten erhalten will. Es müssten Konzepte für die Einbindung überregionaler Wirtschaftsstrukturen erarbeitet werden, zum Beispiel unter Berücksichtigung der relativen Kleinräumigkeit, der modernen Kommunikationsmöglichkeiten und der guten Standortqualitäten aller sächsischen Regionen, damit dort überhaupt erst wieder pulsierendes Leben Einzug halten kann. Dort wären Impulse erforderlich: bei der Wirtschafts-, Sozial- und Infrastrukturpolitik. Doch die Staatsregierung setzt nur ihre Verwaltungstätigkeit fort, während Sachsen immer mehr Einwohner verliert.

Zum Abschluss: Nachdem ich einige Aspekte angesprochen habe, die zu kurz gekommen sind, möchte ich gern noch kurz sagen, woher das Geld kommen könnte, um einige Vorschläge wahrzunehmen: Schließen Sie beispielsweise das Landesamt für Verfassungsschutz, jenes widerwärtige Schaltzentrum für Staatsterrorismus und flächendeckende Gesinnungsschnüffelei! Greifen Sie endlich die Forderung nach der Förder- und Feldesabgabe auf, die angesichts der möglichen Erschließung eines der größten, bisher unterentwickelten Zinnvorkommen der Welt in Geyer und Muldenhammer aktueller denn je ist. Ihre Weigerung, diese Abgabe einzuführen, ist ein Skandal.

Ich frage Sie: Sind Sie wirklich der Auffassung, dass unsere wertvoller werdenden Erze und Rohstoffe von Bergbaukonzernen ausgebeutet werden dürfen, ohne dass der Bürger und Steuerzahler davon etwas hat? Da muss ich sogar ausnahmsweise Herrn Lichdi recht geben, der in diesem Zusammenhang von neokolonialistischem Denken gesprochen hat.

Hören Sie endlich mit der selektiven Pressefinanzierung eines Lobby-Blättchens, wie der „Jewish Voice from Germany“, auf, dem von Staatskanzleichef Beermann über Anzeigen und Beilagen inzwischen über hunderttausend Euro an Steuergeldern zugeschanzt wurde. Sparen Sie sich die 3 Millionen, die die Staats-Antifa über das Programm „Weltoffenes Sachsen“ abgreift, um Deutschland zunehmend zu einem Gesinnungsstaat zu degradieren.

Zuletzt, wie wir aus den umfangreichen Stellungnahmen des Sozialministeriums ersehen haben, sind dort Umwandlungen geplant, die dem Ziel dienen, die sogenannte Integrationsministerkonferenz auszurichten, die von Frau Clauß geführt werden soll. Unter dem Titel „Agenda für Deutsche und eine Willkommengesellschaft“ wird es sich hier die Staatsregierung wohl zur Aufgabe machen, die Überfremdungspolitik der alten BRD endgültig auf Sachsen und Mitteldeutschland auszudehnen.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Zum Ende kommen, bitte!

Holger Apfel, NPD: Kosten, die dafür anfallen – ich komme gleich zum Ende –, kann sich Sachsen nun wirklich schenken.

Bei den Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen und Monaten wird die NPD weitere konkrete Vorschläge unterbreiten. Auf eines können Sie sich jedenfalls verlassen, meine Damen und Herren:

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Apfel, bitte zum Ende kommen!

Holger Apfel, NPD: Ihre Inländerfeindlichkeit, Ihren Verrat an sächsischen und deutschen Interessen, wie er auch in diesem Haushalt zum Ausdruck kommt, werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Wir gehen jetzt in die zweite Runde. Mir liegt noch die Bitte für einen Redebeitrag vor. Gibt es danach noch weitere Redner von den Fraktionen?

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Also, es gibt noch Bedarf. Gut, dann frage ich erst einmal bei der Linksfraktion. Es muss dann schon der Reihe nach gehen. – Da besteht kein Wunsch. Dann bitte ich jetzt die CDU-Fraktion.

Jens Michel, CDU: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Solide Haushaltspolitik ist Wirklichkeit und Realismus, sachliche und fachliche Arbeit und auch die Kunst des Machbaren. Einfach bestellen und die Rechnung dann an den Finanzminister schicken, das funktioniert in Griechenland oder in anderen Ländern, aber nicht im Freistaat Sachsen. Diesbezüglich läuft die heutige Debatte ein wenig merkwürdig, finde ich.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Das ist wohl wahr!)

Man wirft uns vor, dass wir keine rosarote Kugel hätten, um in die Zukunft zu schauen, und das kommt auch noch von der Seite, die früher die ganz sicheren Fünfjahrespläne aufgestellt hat.

Man wirft uns vor, einen Wahlkampfhaushalt aufzustellen, obwohl wir schon seit Jahren für die Menschen investieren und nicht einfach, um das Bändchen durchzuschneiden. Wir liegen seit Jahren mit der Investitionsquote an der Spitze. Ich erinnere daran: Selbst das Ist im Jahr 2011 lag bei 19 %. Im Regierungsentwurf für das Jahr 2014 beträgt die Investitionsquote 17 %. Damit nehmen wir sicherlich einen Spitzenplatz ein, aber das ist schon seit Jahren so.

(Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Deshalb ist es kein Einmaleffekt, sondern ein Qualitätsmerkmal der sächsischen Politik, und da wünschte ich mir eigentlich schon ein wenig mehr Respekt für solch eine jahrelange Investitionsquote.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Lichdi?

Jens Michel, CDU: Bitte.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte, Herr Lichdi.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Vielen Dank. Herr Kollege Michel. Können Sie die Frage, die von den Kollegen Dulig und Hermenau gestellt wurde, ob in diese tolle Investitionsquote von 17 %, wie Sie sie jetzt vorgetragen haben, auch die Rücklagen im Garantiefonds enthalten sind, beantworten?

Jens Michel, CDU: Ich kann sie, glaube ich, beantworten. Die Frage ist halt nur, ob wir das hier ausdiskutieren können.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Einfach ja oder nein, würde ich vorschlagen.

Jens Michel, CDU: Ja, ich kann sie beantworten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage? – Bitte, Herr Lichdi.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Herr Michel, dass Sie in der Lage sind, jegliche haushalts- und finanzpolitische Frage zu beantworten, daran hatte ich nie auch nur den geringsten Zweifel. Aber meine Frage richtete sich nicht darauf, ob Sie die Frage beantworten können, sondern ob Sie die Rücklagen im Garantiefonds in die Investitionsquote von 17 % mit eingerechnet haben. Darauf bezog sich der Antwortvorschlag mit Ja oder Nein. Deswegen bitte ich Sie jetzt, die Antwort zu geben.

Jens Michel, CDU: Es ehrt mich zunächst, dass Sie mir zusprechen, dass ich alle Fragen beantworten könnte; das sei einmal dahingestellt. Nach meiner Kenntnis sind solche Ausgaben bundesweit einzurechnen. Das betrifft alle Länder. – Es ist aber sicherlich hier nicht der richtige Ort, so sehr ins Detail zu gehen; das sollten wir einmal im HFA ausmachen.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Johannes Lichdi, GRÜNE: Ich bedanke mich für Ihre Antwort. Sie haben gerade bestätigt, dass die Rücklagen aus dem Garantiefonds tatsächlich in die Investitionsquote eingerechnet worden sind. – Vielen Dank, dass Sie diese Auskunft dem Landtag und der sächsischen Öffentlichkeit gegeben haben.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Lichdi, das war keine Zwischenfrage.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Das ist richtig.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Sie kennen eigentlich die Spielregeln.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Jens Michel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein Beispiel dafür: Als Finanzpolitiker der Koalition hat man es in diesen Tagen sowieso nicht einfach. Da sind die Meldungen in der Presse von Steuerermehreinnahmen, von vermeintlich nennenswerten Rücklagen, von allzu gern hingenommenen Missverständnissen, und man muss sagen: Nur dank des mutigen Doppelhaushaltsbeschlusses vom Dezember 2010 hat Sachsen keine Haushaltsbewirtschaftungsmaßnahmen ergreifen müssen.

Wenn Sie auf die Ist-Zahlen abstellen, dann vergessen Sie einfach das Verwischen des Zeitfaktors zwischen Planaufstellung und Steuereingang, und diese Zeit dazwischen muss man realistisch überbrücken. Da macht es keinen Sinn, einen mit utopischen Luftbuchungen gefüllten Haushaltsplan aufzustellen. Weil wir all das gemacht haben, sind wir so gut durch die Krisenjahre gekommen. Jetzt glaubt manch einer im Lande, das geht so weiter. Dem ist aber nicht so, und darin liegt die Gefahr für die Aufstellung des neuen Doppelhaushaltes.

Deshalb will ich an dieser Stelle einmal einige haushaltspolitische Eckpunkte klarstellen. Die Zinsen können im Moment noch so niedrig sein – wir werden uns nicht zum Schuldenmachen hinreißen lassen. Wir werden auch nicht sozialdemokratischen Scheinentschuldungskonzepten auf den Leim gehen. Aber gern können wir uns alle gemeinsam über die Verankerung des Neuverschuldungsverbotes in der Verfassung unterhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir müssen beachten, dass die Steuerermehreinnahmen das Ergebnis einer nicht so negativen Entwicklung sind, wie befürchtet. Aber sie sind das Produkt der Vergangenheit. Die Herausforderungen dieses Doppelhaushaltes, den wir jetzt aufstellen müssen, liegen in der Zukunft.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Ja!)

Darauf hat Minister Unland hingewiesen; er hat auf einige negative Zukunftsfaktoren hingewiesen. Weil man das nicht oft genug wiederholen kann, möchte ich das exemp-

larisch noch einmal an dieser Stelle tun. Wir müssen den Solidaripakt beachten, wir müssen die Risiken des Länderfinanzausgleiches im Blick haben und natürlich all die Entwicklungen in der EU – vom Sinken der EU-Förderung bis hin zu den finanz- und wirtschaftspolitischen Risiken, die von der EU ausgehen.

(Thomas Jurk, SPD: Und die Risiken des Koalitionspartners!)

Unmittelbar haben wir aber auch im Haushalt strukturelle Risiken: Die Steuerdeckungsquote des Haushaltsplanes und damit auch die konjunkturelle Anfälligkeit steigt von 56,8 % im Ist des Jahres 2011 auf 59 % des Planansatzes im Jahr 2013. Darauf wurde schon hingewiesen.

Viel erschreckender jedoch ist die Personalkostenquote im Haushalt. Sie steigt vom Ist 2011 in Höhe von 23,1 % auf 24,3 %. Ein Viertel unseres Geldes verschwindet für Personalausgaben. Deshalb sollte man sich jede Forderung nach einer Steigerung genau überlegen. Strukturell sind auch die Zukunftslasten der Beamtenversorgung nicht zu unterschätzen.

Meine Damen und Herren! An dieser Stelle der Haushaltseinbringung muss man auch auf die Entnahme der Haushaltsausgleichsrücklage in Höhe von insgesamt 299 Millionen Euro eingehen. Das ist gerade angesichts einer halben Milliarde Euro für das Bildungspaket vertretbar, aber strukturell natürlich nicht ewig fortführbar.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Ja!)

Diese Diskrepanz zwischen den Fakten und der zukünftigen Bedrohung sowie dem öffentlichen Gefühl des Geldvorhandenseins macht es nicht leicht für Finanzpolitiker.

Genau vor dieser beschriebenen Ausgangslage stand auch Staatsminister Unland mit seiner Mannschaft im SMF und später die Regierung beim Aufstellen des vorliegenden Entwurfes. Deshalb an dieser Stelle Respekt vor dem Produkt und Dank für die Arbeit. Wir haben einen Haushaltsplanentwurf der Regierung vorliegen, der grundsolid aufgestellt ist. Der vorliegende Haushaltsplanentwurf ist Ausdruck stabiler Verhältnisse im Freistaat Sachsen. So langsam können wir dank der guten Arbeit unserer politischen Vorgänger und der Weitsicht sächsischer Finanzpolitik davon profitieren. Wenn Sie sich in anderen Bundesländern umschauchen, dann ist es nicht so. Ich sage immer wieder: Ein solider stabiler Haushalt ist das Höchste, was es finanzpolitisch gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist ein Haushalt, der keine Luftbuchungen aufbaut und der Realitäten zur Kenntnis nimmt. Da können Sie noch so auf die Sachsen LB verweisen – es gibt die Verbindlichkeiten und diese sind abzufinanzieren.

Ich möchte noch kurz auf die Verständlichkeit und Lesbarkeit des Haushaltsplanes eingehen.

(Antje Hermenau, GRÜNE:
Das hängt vom Einzelplan ab!)

So möchte ich an dieser Stelle einmal darauf hinweisen, dass sich da etwas geändert hat. Ich persönlich hatte immer gesagt, dass ich mich an der Verständlichkeit nie gestört habe. Aber der Haushaltsplan 2013/2014 ist nun sicherlich allgemeinverständlicher und lesbarer. Das geht auf den Rechnungshofbericht und auf die Umsetzungsinitiative des Kollegen Lars Rohwer zurück. Dieses Verdienst sollte heute nicht unerwähnt bleiben.

Als nächsten Punkt, meine Damen und Herren, kommen wir einmal zur Diskussionskultur bei diesem Haushaltsplan. Wir haben immerhin unser Königsrecht als Parlament wahrzunehmen. Ich bin mir sicher, dass auch die Koalitionsfraktionen – anders, als Sie es uns immer unterstellen – sehr hart diskutieren werden. Wir werden starke politische Akzentuierungen an dem Entwurf vornehmen und an mancher Stelle nachjustieren. Ich kann Ihnen versichern: Die Kollegen in der Koalition sind engagiert und leidenschaftlich, die meisten natürlich auch ohne Presseinterview, und werden unter Anerkennung der Fakten um die besten Lösungen ringen.

Schon heute weiß ich, dass wir um die Finanzierung des ÖPNV diskutieren. Wir werden über Unterrichtsabsicherung und Lehrpersonal diskutieren. Wir streiten um eventuell institutionelle Grundfinanzierung von Landschaftspflegeverbänden. Wir diskutieren über Krankenhausbaufinanzierung, über Sonderzahlungen für Beamte, und auch die Kultur wird bei den Diskussionen nicht zu kurz kommen.

Klar ist aber auch, dass nicht jeder Wunsch erfüllt werden kann. Doch wie ich schon eingangs sagte: Gute Haushaltspolitik ist auch Anerkennung von Wirklichkeit und Realismus. Deshalb wird die Haushaltspolitik im Freistaat wieder langfristig und solide sein. Wir werden auch nach Möglichkeit langfristige Finanzierungsketten im Blick haben; denn die Menschen, die Vereine und Institutionen im Freistaat benötigen trotz aller Veränderungen, trotz aller konjunkturellen Schwankungen eine gewisse Grundberechenbarkeit, und das haben wir im Blick.

In der Presse war kürzlich von dem Vergleich zwischen der sächsischen Haushaltspolitik und den Konzepten einer schwäbischen Hausfrau zu lesen. Ich bin der Meinung: Vorbild für uns ist die solide sächsische Hausfrau, nicht die schwäbische Hausfrau.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die schwäbische Hausfrau ist nämlich mit einer doppelt so hohen Pro-Kopf-Verschuldung belastet, und sie hat ganz und gar vergessen, Pensionsvorsorge zu betreiben. Deshalb stellen wir lieber auf die sächsische Hausfrau ab.

Wenn ich schon einmal beim notwendigen Realismus bin: Leistet sich ein Land Beamte, dann hat es die Pflicht – ja, die Rechtsverpflichtung – zur Alimentation. Dazu ist auch einmal Vorsorge zu betreiben. Das hat nichts mit der Bevorzugung des Beamtenstandes zu tun. Deshalb ist der Generationenfonds für uns finanzpolitisch so wichtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Freistaat hat bisher stark in Infrastruktur und Wirtschaft investiert. Auf diesem Gebiet können wir ganz beachtliche Erfolge aufweisen. So sind wir beispielsweise bei der Arbeitsplatzdichte, gerechnet auf 1 000 Einwohner, gleich mit den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Niedersachsen und noch vor den Ländern Thüringen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Nach Bayern sind wir in Sachsen das Land mit den meisten außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Jetzt gilt es, alles miteinander zu verknüpfen. Die Arbeitsplatzdichte ist schon ein Erfolg.

Das Durchschnittseinkommen im Freistaat ist die andere Seite der Medaille. Wir alle wissen, dass Sachsen insoweit noch zulegen kann. Dabei denke ich als Erstes aber nicht an den öffentlichen Sektor, sondern an die breite Masse der Erwerbstätigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dass diese Steigerung des Durchschnittseinkommens nicht über Nacht möglich ist, dürfte aber allen klar sein. Doch wenn es uns gelingt, die Forschungsergebnisse aus Sachsen hier in Sachsen in die Fertigung, in die Produktion einzubringen, also hoch qualifizierte Arbeit im Land flächendeckend anzusiedeln, dann sind wir einen weiteren Meilenstein vorangekommen.

(Beifall bei der Staatsregierung)

Ein weiterer wichtiger Bereich im Rahmen der flächendeckenden Entwicklung im Freistaat sind die Kommunalfinanzen. Diese lassen sich für die sächsischen Kommunen in einem nie dagewesenen Volumen erwarten. Gepaart mit den im Haushaltsplan verankerten Fördermitteln bzw. dem Investitionsvermögen für Fördermittel werden die sächsischen Kommunen in den kommenden Jahren noch viel attraktiver werden. Der Haushaltsplan 2013/2014 wird einen gerechteren Ausgleich zwischen den Regionen im Freistaat herstellen müssen. Der Haushaltsplan wird passgenau an die Bedürfnisse angelegt. Wir müssen dabei sowohl die demografischen Wachstumskerne in den großen Städten als auch die Regionen mit einem hohen Altersdurchschnitt im Freistaat beachten. Insgesamt aber halte ich die Weiterentwicklung des FAG für eine beachtliche Entscheidung, und das bestätigt und verstärkt das darin verankerte einkommenorientierte System. Jetzt gilt es, all das Besprochene umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen rufen traditionell eine Vielzahl von Interessenvertretern auf den Plan – oder sogar auf den Landtagsvorplatz. Wir werden Lobbyisten von den Gewerkschaften, von Sozialverbänden, Künstlern und Unternehmerverbänden und all den anderen Branchen erleben. Manche werden auf dem Landtagsvorplatz demonstrieren und behaupten, ihr Anliegen sei das wichtigste überhaupt auf der Welt. Geschickt werden Journalisten instrumentalisiert oder lassen sich gern instrumentalisieren, um die Welt zu verbessern, Forderungen Nachdruck zu verleihen und vermeintliche Notwendigkeiten zu platzieren.

(Johannes Lichdi, GRÜNE: Die Medien sind schuld! Der Meinung bin ich auch!)

Manch einer im Land wird sogar die Bedeutung des Abgeordneten neu für sich entdecken. Allen Gruppen aber werden wir sagen müssen, dass ein Euro halt nur einmal ausgegeben werden kann.

(Antje Hermenau, GRÜNE:
Aber zweimal versteckt werden kann!)

Weil dem so ist, werden es sich die Mitglieder der Koalitionsfraktionen nicht leicht machen, sondern zunächst alle Forderungen und Wünsche auf den Tisch legen, dann nach Prioritäten wichten und werten sowie eigene Prioritäten setzen.

Für das Wohl des Freistaates lohnt es sich, in den nächsten Wochen über die besten Lösungswege zu diskutieren. Sachsen hat dabei eine hervorragende Ausgangsposition; diese wird mit dem vorliegenden Entwurf gestärkt. Wir können mit dem neuen Haushaltsplan dazu beitragen, dass die Zukunft auf der Seite des Freistaates Sachsen liegt.

Ich freue mich auf die anstehende Arbeit und einen soliden, passgenauen Haushalt. Lassen Sie uns an die Arbeit gehen und einen ordentlichen Haushalt aufstellen!

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich frage die SPD-Fraktion: Gibt es noch Redebedarf? – Das ist nicht der Fall. Gibt es noch Redebedarf bei der FDP-Fraktion? – Herr Prof. Schmalfuß, bitte.

Prof. Dr. Andreas Schmalfuß, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Juni 2010, unmittelbar vor den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2011/2012, hatte der Sächsische Rechnungshof eine Beratende Äußerung vorgelegt, in der er eine nachvollziehbare Auffassung vertrat. Das Budgetrecht des Sächsischen Landtages sei, bedingt durch die zunehmende haushaltsmäßige Intransparenz, zunehmend gefährdet.

Daraufhin wurde hier im Sächsischen Landtag mit großer Mehrheit am 29. September 2010 dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zugestimmt, in dem wir die Staatsregierung aufgefordert haben, die vom Sächsischen Rechnungshof vorgeschlagenen Änderungen mit der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2013/2014 umzusetzen. Die vorgenannte Beschlussfassung ist mit der Vorlage des Entwurfs zum Doppelhaushalt 2013/2014 umgesetzt worden.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich Ihnen, Herr Staatsminister Prof. Unland – stellvertretend für das gesamte Finanzministerium –, danken, dass Sie dieser Aufforderung des Hohen Hauses nachgekommen sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Haushaltstransparenz und Haushaltsklarheit haben sich mit dem vorliegenden Regierungsentwurf unverkennbar

verbessert. Dass wir uns an diesen Grundsätzen orientieren, bringen nicht nur die entsprechenden Einzelpläne, sondern auch das Haushaltsgesetz deutlich zum Ausdruck.

Meine Damen und Herren! Nach den Spitzengesprächen zwischen dem Finanzminister und den kommunalen Spitzenverbänden waren bereits erste positive Eckpunkte bekannt geworden. Mit dem nun vorliegenden Sächsischen Finanzausgleichsgesetz ist das gute Ergebnis dieser Verhandlungen noch deutlicher geworden. Das deutschlandweit vorbildhafte sächsische System des kommunalen Finanzausgleichs wurde an die aktuellen Entwicklungen angepasst. Mit einer Finanzausgleichsmasse im Jahr 2013 in Höhe von 2,85 Milliarden Euro werden den Kommunen etwa 500 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen als noch im Jahr 2012. Im Jahr 2014 werden es weitere 250 Millionen Euro mehr sein. Das Sächsische Finanzausgleichsgesetz spiegelt damit einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen des Freistaates Sachsen und der Kommunen auf der einen Seite und den Interessen von kreisfreien Städten und ländlichen Regionen auf der anderen Seite wider.

Meine Damen und Herren! Darüber hinaus berücksichtigt das FAG die aus dem Rückgang der Bevölkerung resultierenden besonderen Strukturprobleme des ländlichen Raumes. Deshalb wurde das Finanzkraftverhältnis zwischen kreisfreiem und kreisangehörigem Raum von 152,6 % auf 149,6 % angepasst.

Das FAG findet aber ebenso Antworten auf die unbestreitbar großen Herausforderungen, vor denen die Großstädte mit ihren gestiegenen Geburten- und Schülerzahlen stehen. Mit einem besonderen Schulhausbauprogramm in Höhe von 40 Millionen Euro unterstützt der Freistaat Sachsen die kreisfreien Städte dabei, den Investitionsstau in diesem Bereich weiter abzubauen. Meine Damen und Herren! Der ländliche Raum wird dabei nicht vernachlässigt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Mit jeweils 5 Milliarden Euro in den Jahren 2013 und 2014 werden den sächsischen Kommunen damit so hohe allgemeine Deckungsmittel zur Verfügung gestellt wie noch niemals zuvor in der Geschichte des Sächsischen Landtages. Auch die investiven Schlüssel- und Zweckzuweisungen werden sich im Vergleich zum derzeitigen Sächsischen Finanzausgleichsgesetz etwa verdoppeln.

Bei aller heute zur Sprache gebrachten Kritik am vorliegenden Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2013/2014, die man teilen kann, aber nicht teilen muss: Meine Damen und Herren, wir können stolz auf diesen Regierungsentwurf sein. Der Freistaat Sachsen hat mit 2 839 Euro die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller deutschen Bundesländer. Damit wird in diesem vorliegenden Doppelhaushalt festgehalten: Der Freistaat Sachsen betreibt auch mit dem kommenden Doppelhaushalt wie kein anderes Bundesland Vorsorge für zukünftige Versorgungslasten.

Zum Ende des Jahres 2014 werden wir etwa 4,5 Milliarden Euro in den Generationenfonds eingezahlt haben. Gleichzeitig investieren wir mit einer Investitionsquote von 17,6 und 17 % so viel wie kein anderes deutsches Bundesland. Das ist und das bleibt solide Haushalts- und Finanzpolitik. Das sichert Generationengerechtigkeit und verbessert zusätzlich die Wettbewerbsfähigkeit des Freistaates Sachsen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die Fraktion der GRÜNEN Frau Hermenau, bitte.

Antje Hermenau, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Ein paar Worte noch zum Kommunalen Finanzausgleichsgesetz sind durchaus angemessen. Das ging vorhin aufgrund der gemeinsamen Einbringung ein bisschen unter.

Herr Michel, wenn Sie der Meinung sind – ich zitiere Sie –, „lassen Sie uns einen ordentlichen Haushalt aufstellen“, dann gehe ich davon aus, dass auch Sie vielleicht hier und da ein paar Kritikpunkte haben, vielleicht auch beim KFAG. Das wäre nicht schlecht. Aber ich sage Ihnen etwas zu der Hausfrau. Ich bemühe dieses Bild auch ab und zu. Egal, ob die schwäbische oder die sächsische, ob die berufstätige oder die ehemannkomforterhöhende Hausfrau – sie kann es immer besser als diese Koalition.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN, den LINKEN und der SPD)

Das ist so.

Jetzt kommen wir zu den Punkten, um die es beim kommunalen Finanzausgleich geht. Das Erste ist ein Punkt, den wir auch bereits als Problem benannt haben: die fehlende Transparenz beim FAG-Beirat. Es ist ja schön, dass die sich alle lieb haben und behaupten, es klappe super. Das kann keiner kontrollieren, weil keiner reingucken kann. Das halten wir für ein Problem. Wir würden hier gern mehr Nachvollziehbarkeit einführen. Also Transparenz steht im Raum.

Beim Thema Schulhausbau lachen die Hühner. Seit 2008 weist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier im Landtag darauf hin, dass es beim Schulhausbau einen Investitionsstau sowohl im Neubau als auch in der Renovierung von grob geschätzt 1 Milliarde Euro gibt. Dann zog sich die Debatte zwei, drei Jahre hin. Irgendwann gab Herr Wöller, als er noch Kultusminister war, zu, dass es ungefähr 1 Milliarde Euro sein könnte. Inzwischen hatten wir schon wieder etwas mehr Investitionsstau.

Da kommen Sie mit 40 Millionen Euro angekleckert und haben vorher noch die Förderrichtlinie angepasst, damit der Eigenfinanzierungsanteil anders aussieht. Dabei wissen Sie ganz genau, dass selbst diese 40 Millionen Euro vielleicht nicht einmal voll abgerufen werden können. So kann man doch nicht herangehen.

Dass die Kommunen, im Besonderen die Großstädte, und auch der Freistaat dieses Thema verpennt haben, steht außer Frage. Ich bin der Meinung, dass beide Seiten Schuld auf sich geladen haben. Aber das wirft noch mehr die Frage auf, was Sie im FAG-Beirat eigentlich alles beschwätzen, wenn Sie es nicht auf die Reihe kriegen, sich gegenseitig einmal in die Augen zu blicken und zu sagen: Das können wir aber nicht jahrelang schleifen lassen, da müssen wir einmal zu Potte kommen. – Und wenn Sie einen Investitionsstau von ungefähr 1 Milliarde Euro haben, können Sie nicht mit 40 Millionen Euro reingehen und dann so tun, als ob die Kommunen das gerade so mit Ach und Krach verfrühstücken könnten. Ich halte das für eine ganz merkwürdige Angelegenheit. Das fällt für mich wieder unter die Kategorie Wahlkampfhaushalt. Das muss ich deutlich sagen.

Die Fraktion hat noch ein drittes Problem mit diesem Kommunalfinanzausgleichsgesetz. Wir haben uns hier im Landtag immer stark dafür gemacht, den ländlichen Raum zu stärken. Das ist auch unsere Position. An sich ist das als Ziel richtig, aber wie Sie es umsetzen, ist doch sehr diskutabel. Sie setzen es um, indem Sie es den Großstädten wegnehmen. Vielleicht liegt es daran, dass Sie glauben, dass Sie dort keine Wählerstimmen mehr bekommen. Das weiß ich nicht. Aber im Kern läuft es darauf hinaus, dass Sie es den Großstädten, wo sich aufgrund der demografischen Binnenwanderung in Sachsen bestimmte Problemlagen natürlich verdichten, wegnehmen. Das hat inzwischen auch der CDU-Finanzbürgermeister Dresdens, Herr Vorjohann, einmal ordentlich ausgesprochen.

Wie läuft es denn nun mit diesem K FAG weiter? Es wird langsam spannend. Ich habe das Gefühl, Sie essen alle Ihre Brötchen und denken, das Leben ist gut. Die Erhöhung des Straßenlastenausgleichs um rund 10 Millionen Euro pro Jahr schlagen Sie uns vor. Das stärkt in der Tat die Landkreise. Sie haben auch das dezentrale Vorsorgevermögen aufgebaut. Das ist in der Sache richtig, weil es antizyklisch ist. Gerade die Kommunen sind immer sehr schnell in dem Verdacht, großzügig zu investieren. Das finde ich in der Sache richtig. Es entspricht eigentlich der Philosophie unserer Konjunkturkomponente, wenn wir von Schuldenbremse sprechen. Das ist dieselbe grundlegende Denkrichtung und Denkschule.

Sie haben ein Rekordniveau bei den allgemeinen Deckungsmitteln, worauf besonders die FDP stolz war. Also, es ist ziemlich müßig, die Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel zu bejubeln, wenn keine Transparenz über die Entwicklung der kommunalen Ausgaben besteht. Die Einnahmen dienen dazu, die Ausgaben zu decken. Wenn man beurteilen will, ob sich die Finanzausstattung der Kommunen verbessert hat, muss man beide Seiten betrachten und darf nicht nur das sehen, was Sie herüberreichen. Da fehlt es eben an öffentlicher Transparenz. Das ist und bleibt der Dreh- und Angelpunkt. Man wird immer die Vermutung im Raum stehen haben, das Land gäbe zu wenig, und man wird immer die Vermutung im Raum stehen haben, die Kommunen gäben zu viel aus. So wird

es immer sein, weil keine Transparenz da ist. Das geht so nicht.

Was ich sehr wohl mitbekommen habe, ist natürlich die Steigerung um 30 Millionen Euro, weniger als 1 % der gesamten Ausgleichsmasse, für die Kommunen auf Dauer. Aber was man dabei mit berücksichtigen muss, sind zwei Fehler. Das eine geht an die Genossen von der SPD: Ich bedaure es, dass SPD-Oberbürgermeister Jung diese Vereinbarung unterschrieben hat, denn damit sind Sie jetzt in der Mithaftung.

Das Zweite, was ich dazu sagen muss, ist Folgendes: Für das bisschen bekommen jetzt die Kommunen, die Großstädte, die nicht im kreisangehörigen Raum sind, etwas Geld für Schulhausbau, das sehr schnell verfallen kann, schnell vergeben ist, investive Mittel, und dafür bleibt aber die Erhöhung, die durch die Ausgabenstruktur im kommunalen Finanzausgleich vor allem dem ländlichen Raum zugutekommt, auf Dauer erhalten. Da haben die Kommunen, die kreisfrei sind, vor allen Dingen Dresden und Leipzig, ein doppelt schlechtes Geschäft gemacht, und Herr Jung hat unterschrieben. Das müssen Sie einmal intern klären. Das kann ich jetzt nicht nachvollziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind die Punkte, die uns im Wesentlichen aufgefallen sind. Ich halte es auch für sinnvoll, dass wir das in aller Ruhe diskutieren. Aber eines ist auch klar: Im Moment können Sie mit Ihrer Töpfchenwirtschaft – da ein bisschen und dort ein bisschen – noch vieles regeln. Gerade EU-Mittel retten sozusagen jetzt noch die Lage bis ungefähr zum Jahr 2020/2021, je nachdem, wie viel Sie in Anspruch nehmen. Aber dieser deutlich unterproportionale Pegel der Finanzkraft der sächsischen Kommunen wird nicht im Kern angegangen, sondern nur kaschiert. Die Kommunen haben kaum Möglichkeiten, mehr eigene Einnahmen zu erreichen, und sie sind schon am Anschlag, weil sie sehr hohe Hebesätze auf die Steuern haben, bei denen sie das dürfen. Das heißt, die Kommunen haben gar keine Möglichkeit mehr, noch irgendwo zu kompensieren, wenn diese Mittel wegfallen.

Sie treffen keine Vorsorge dafür, wie man es schafft, dass die sächsischen Kommunen auf eigenen Füßen stehen können, und das missfällt mir außerordentlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren, gibt es weiteren Redebedarf? – Wir gehen in die dritte Runde.

Sebastian Scheel, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich fühle mich doch herausgefordert, wenigstens ein paar Worte zu sagen.

Zumindest Herr Schmalfuß hat, glaube ich, was die Umsetzung der Beratenden Äußerungen des Rechnungshofes angeht, den Bogen überspannt. Meines Erachtens kann nicht davon die Rede sein, dass mit diesem Haushaltsplanentwurf die Fragen der Haushaltstransparenz

zureichend geklärt sind. Sie vergessen vollkommen, dass gerade die Fragen der Verlagerung, des Outsourcings nicht mehr im Haushaltsplan verankert sind und dass der Landtag darauf keinen Einfluss mehr hat. Wir wissen nicht einmal mehr, worum es eigentlich dort geht und wo immer noch Deckungskreise vorhanden sind. Diese Fragen sind völlig unzureichend, ja eigentlich überhaupt nicht geklärt, gerade wenn es um Ausgliederungen aus dem Haushalt geht.

Deshalb würde ich zumindest an dieser Stelle mitnichten davon sprechen, dass wir es hier mit einem transparenten und für den Sächsischen Landtag nachvollziehbaren Haushalt zu tun haben.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

Dazu müssten große Teile in den Haushalt zurückgeholt werden. Da sehe ich noch keine Bewegung innerhalb der Staatsregierung.

Einen zweiten Punkt möchte ich noch ansprechen: die Einnahmensituation. Ich sehe schon, dass es ein paar Irritationen gibt. Der Kollege Dulig hat das angesprochen. Es ist sofort bei vielen aufgekommen. Ich empfehle eine Seite. Sie erleichtert vielleicht einigen Mitgliedern des Hohen Hauses, den Blick von außen auf die Welt in Sachsen wahrzunehmen. Ich meine die Seite stabilitätsrat.de.

In „stabilitätsrat.de“ sind die haushaltswirtschaftlichen Kennzahlen aller Bundesländer nebeneinandergestellt. Das betrifft auch die Kreditfinanzierungsquote. Sie werden kein einziges Bundesland in ganz Deutschland finden, bei dem eine so große Tilgungszahl steht: 4,3 % im Minimum, 8,7 % im Maximum an Tilgungen prozentual vom Haushaltsvolumen.

Selbst die Geberländer Bayern und Baden-Württemberg bringen es vielleicht auf 0,2 %, wenn es einmal hochkommt. Bayern schafft es gerade einmal, seine Pro-Kopf-Verschuldung konstant zu halten. Das liegt an einer Kuriosität, wenn man so will: dass Rücklagenbildung im Bund berechnet wird wie Tilgung. Oder man könnte es auch anders sagen: dass Rücklagenbildung bewertet wird wie Investitionen. Das ist einmal verhandelt worden, als es um die Frage Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen ging. Damals wurde auch darüber verhandelt, was man da alles mit hineinrechnen kann. Da ist das dann so bewertet worden. Das heißt aber, dass nicht nur die Frage Garantiefonds mit hineinfällt, sondern natürlich auch die Frage Generationenfonds. Dass also alles, was wir an Rücklagen bilden, was in anderen Bundesländern aus laufenden Haushalten erwirtschaftet werden muss, eben in Baden-Württemberg, in Bayern, in Geberländern, bei uns in Gelder außerhalb des Haushaltes hineingesteckt wird, was aber – und das sage ich ganz deutlich – uns Sachsen, den Osten, in enorme Erklärungsschwierigkeiten bringt. Wir sind Nehmerland. Wir wollen doch von denen etwas.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Sebastian Scheel, DIE LINKE: Natürlich, gern.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte sehr.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege Scheel. Sie bestätigen also jetzt die Aussage von Herrn Kollegen Michel, dass das eine bundesweite Vereinbarung ist. Das mag ja so sein. Aber dann schließt sich doch die entscheidende Frage an: Wenn jetzt also alle Rücklagen nach dieser Berechnung aus der Investitionsquote oder erst einmal in diese Formel eingerechnet werden, dann müssten Sie diese ja auch aus der realen Investitionsquote, die hier in Sachsen ankommt, weil das Geld ja nicht ausgegeben wird, eigentlich herausrechnen. Wie groß wäre denn dann die Investitionsquote? Wäre es dann noch bei 17 oder wären dann die realen Investitionen nicht wesentlich geringer?

Sebastian Scheel, DIE LINKE: Wenn der Freistaat alle diese Rücklagenbildungen hineinrechnet, müsste das um 4,2 % geringer sein.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Also ungefähr 12, 13 %?

Sebastian Scheel, DIE LINKE: Wenn wir 17 % annehmen, dann würde das bedeuten, dann müssten wir bei 13 oder 12,8 % sein, wenn alles eingerechnet wird. Aber das vermag ich jetzt noch nicht zu sagen. Das ist korrekt, wenn die Hypothese stimmt, dass alle Rücklagenbildungen, die wir dort stellen und die der Bund einrechnet, als Investitionen angerechnet werden.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Johannes Lichdi, GRÜNE: Würden Sie mir dann nicht zustimmen, dass es angesichts dieser Zahl von circa 13 % unredlich ist, in der Öffentlichkeit immer von 17 % auszugehen und sich dafür zu loben, da real diese Zahl beim sächsischen Bürger gar nicht ankommt?

(Mario Pecher, SPD: Auf eine Lüge mehr kommt es nicht an!)

Sebastian Scheel, DIE LINKE: Von Lügen würde ich da nicht reden wollen. Es ist einfach die Frage, wie man im bundesweiten Vergleich miteinander umgeht und wie das wirksam berechnet wird. Wir werden uns in den Haushaltsberatungen genau anschauen, wie viel von dem Geld dort wirklich eingerechnet wird.

Ich finde es eher faszinierend, dass man sich hinstellt und sagt, man hätte dieses Mal 5 Milliarden Euro für Bildung ausgegeben. Man hätte das höchste jemals geplante Haushaltsvolumen. Das empfinde ich als dreist, weil das definitiv nicht stimmt. Deshalb werden wir in den Haushaltsberatungen jede dieser Fragen in aller Ruhe beraten und auseinandernehmen. Dann werden wir sehen, was uns die Staatsregierung dort vorenthält, was sie vielleicht wieder anders darstellt.

Natürlich ist es jedem unbenommen – auch der Staatsregierung, der CDU- und der FDP-Fraktion –, ihrer eigenen

Propaganda zu glauben und sich die Zahlen herauszunehmen, die sie gern haben möchten. Das würden wir wahrscheinlich auch nicht anders machen.

(Zuruf von der FDP: Genau!)

Unser aufklärerischer Ansatz ist, das offenzulegen. Das werden wir im Zuge der Haushaltsberatungen auch tun.

Lassen Sie mich jetzt noch einen letzten Punkt ansprechen. Das ist das Sächsische Finanzausgleichsgesetz.

Ich muss da meiner verehrten Kollegin Hermenau zumindest ein klein wenig widersprechen, und zwar in Bezug auf ihre Bemerkung, dass es keine Transparenz gebe, was den FAG-Beirat betrifft. Wir bekommen mit jedem Finanzausgleichsgesetz einen Bericht vom FAG-Beirat. In diesem Bericht des FAG-Beirates werden jedes Mal zwei Punkte betrachtet: Wie haben sich die Ausgaben im Freistaat entwickelt? Wie haben sich die Indikatoren, also Schülerzahlen gegen Studentenzahlen, die Anzahl der Inhaftierten usw., entwickelt? Man kann festhalten, dass sich in den letzten 15 Jahren – so lange existiert dieser Verteilerschlüssel – die Lasten zuungunsten der Kommunen verschoben haben. Deshalb ist es nur recht und billig, dass auch dort eine Anpassung stattfindet. Es ist aber nicht fair, dass sich die Kommunen mit 30 Millionen Euro abspeisen lassen. Allein ausgabenseitig – wenn ich einfach einmal die Prozentzahlen zusammenrechne, die der FAG-Beirat dort vorlegt – müsste ich auf eine Differenz von 1 % kommen. Das würden 150 Millionen Euro sein, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Koalition.

(Beifall bei den LINKEN,
der SPD und den GRÜNEN)

150 Millionen Euro heißt: Sie betrügen die Kommunen jedes Jahr wieder aufs Neue um 120 Millionen Euro.

Wenn jetzt hier von Herrn Schmalfuß die allgemeinen Deckungsmittel herangezogen werden, dann wissen Sie genau, dass es dort um eigene Steuereinnahmen geht. Die aktuelle finanzielle Stärke der Kommunen liegt daran, dass sie in hohem Maße eigene Steuereinnahmen haben, und nicht daran, dass ihnen der Freistaat so viel mehr geben würde. Wenn ich daran denke, dass die Kommunen vor wenigen Jahren noch 5,8 Milliarden Euro vom Freistaat in ihre eigenen Haushalte bekommen haben und es im Moment nur noch 5,2 Milliarden Euro sind, die sie bekommen sollen, dann sind das 600 Millionen Euro weniger. Wenn ich dann weiß, wie sich der Solidaripakt zurückentwickelt, sehe ich deutlich, dass der Rückgang der Solidaripaktmittel vor allen Dingen auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen wird. Das ist für mich kein faires Verhalten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Aber wir werden in den Haushaltsberatungen sehr viel Zeit und Raum haben, um diese und andere Probleme miteinander zu erörtern. Ich denke, es gibt genug Stoff.

Einen Punkt muss ich zum Schluss noch ansprechen. – Keine Angst, Herr Michel, Sie verschone ich heute.

(Heiterkeit bei den LINKEN)

Ich kann verstehen, dass es für die Kollegen der Koalition am ersten Tag der Haushaltseinbringung, an dem man natürlich eine gute Figur machen will, nicht schön ist, wenn draußen 15 000 Lehrer stehen.

(Zuruf von der CDU: Wie
viel waren es denn nun?)

Emotional ist das nicht gut. Aber ich darf Sie, sowohl Herrn Unland als auch Herrn Flath, doch auffordern, gegenüber den Bediensteten im öffentlichen Dienst nicht diese Art des Umgangs zu pflegen.

(Beifall bei den LINKEN,
der SPD und den GRÜNEN)

Wie Sie hier heute versucht haben, Lehrer gegen zukünftige Lehrer, Lehrer gegen Schüler auszuspielen und ihnen sogar den Unterrichtsausfall anzukreiden, ist nicht gedeihlich, wenn es um eine gute Zusammenarbeit und ein gutes Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bediensteten geht. Deshalb darf ich Sie dringend auffordern, dort ein wenig mehr Größe an den Tag zu legen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den LINKEN,
der SPD und den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Staatsminister Unland hat noch einmal um das Wort gebeten. Herr Minister, bitte.

Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz etwas deutlicher machen. Eben wurde die Frage aufgeworfen, ob die Einzahlung in den Fonds für die Sachsen LB in die Investitionsausgaben aufgenommen wurde oder nicht. Ich möchte das sehr deutlich beantworten: Gewährleistungszahlungen fallen per Definition bundesweit in die Investitionsausgaben hinein. Das heißt, die 100 Millionen Euro, die wir dort in den nächsten beiden Jahren jeweils einbringen, fallen in die Kategorie Investitionen.

Ich habe mir die Zahlen gerade noch einmal herausgegriffen. Wir investieren in den Jahren 2013 und 2014 jeweils knapp 2,9 Milliarden Euro. Davon sind jeweils 100 Millionen Euro für den Garantiefonds vorgesehen und zählen dabei zu den Investitionen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Vielleicht noch eine zweite Bemerkung, weil auch eine nächste Frage kommen könnte, ob die Zahlungen in den Pensionsfonds auch dazu zählen. Nein, dabei handelt es sich um Versorgungsleistungen, die per Definition nicht unter die Investitionsausgaben fallen.

(Beifall bei der CDU – Sebastian Scheel,
DIE LINKE: Aber Tilgungen schon!)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich schaue in die Runde. Gibt es weiteren Gesprächsbedarf? – Sie haben 1 Minute und 40 Sekunden, also müssen Sie schneller reden.

Jens Michel, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wollte nicht, dass die Opposition das letzte Wort hat.

(Lachen bei den LINKEN und der SPD –
Zuruf des Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Deshalb werde ich noch ein paar Sekunden aufheben. Aber ich wollte noch eine Nebelkerze ausräumen.

(Zurufe und Lachen bei den LINKEN,
der SPD und den GRÜNEN)

– Das läuft alles von meiner Zeit.

Ich wollte Folgendes sagen: Die kreisfreien Städte haben durch die Verschiebung in den ländlichen Raum nicht eine Million Euro weniger als in den Vorjahren. Das sage ich, damit das hier gar nicht als Gerücht aufkommt.

Herr Kollege Scheel, zu dem, was zu den Lehrern gesagt worden ist: Ich finde es schon ein wenig schwierig, erstens, in der ersten Woche zu demonstrieren, während die Regierung große Anstrengungen unternimmt, um die Unterrichtsversorgung abzudecken. Das ist schon ein starkes Stück.

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Zweitens. Man sollte ehrlich sagen, worum es geht. Es geht dem Großteil derer, die hier demonstrieren, um eine bessere Entlohnung, um mehr Geld; das möchte ich noch einmal klarstellen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren, wie sieht es aus? – Ich sehe, es gibt noch viel Gesprächsbedarf, nur sind die Redezeiten etwas verkürzt. Wünscht noch ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete

das Wort? – Wenn das nicht der Fall ist, schlage ich vor, dass wir nun zur Überweisung kommen.

Das Präsidium schlägt Ihnen vor, die Entwürfe „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 und die Festlegung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 2013 und 2014“ sowie „Gesetz begleitender Regelungen zum Doppelhaushalt 2013/2014“ jeweils an die Ausschüsse Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, Innenausschuss, Verfassungs-, Rechts- und Europaausschuss, Ausschuss für Soziales und Verbraucherschutz, Ausschuss für Schule und Sport, Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien sowie an den Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft zu überweisen. Wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich sehe Einstimmigkeit. Damit ist der Überweisung stattgegeben.

Weiterhin schlägt das Präsidium vor, den Entwurf „Achstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes“ an die nachfolgend genannten Ausschüsse zu überweisen: Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den Innenausschuss. Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch diese Überweisung beschlossen und ich kann diesen Tagesordnungspunkt sowie gleichzeitig die 61. Sitzung beenden.

Das Präsidium hat den Termin für die 62. Sitzung auf Mittwoch, den 26. September 2012, 10:00 Uhr, festgelegt. Die Einladung dazu geht Ihnen zu.

Die 61. Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Arbeitstag!

(Schluss der Sitzung: 13:12 Uhr)

Anlage**Schriftliche Beantwortung der Nachfrage zur Frage Nr. 6
der Abg. Eva Jähnigen, GRÜNE, aus der 58. Plenarsitzung****Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen:**

Im Rahmen der Beantwortung der oben genannten mündlichen Anfrage erfolgte in der Plenarsitzung am 14. Juni 2012 eine Nachfrage. Es wurde um Mitteilung gebeten, ab wann die aufgezählten Leistungen jeweils anerkannt und gezahlt werden.

Eine rückwirkende Anerkennung und Auszahlung von Leistungen ist in dem Rundschreiben des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen vom 9. März 2012, Az. 15-P1512-23/27-36649 und 16-P1700-46/9-27639, wie folgt vorgesehen:

1. Der Familienzuschlag wird an Beamte und Richter, die in eingetragenen Lebenspartnerschaften leben, im Anschluss an die Maßgaben der Entscheidung des BVerwG vom 28. Oktober 2010 (AZ.: 2 C 10/09 und 2 C 21/09) auf entsprechenden Antrag rückwirkend ab 1. Juli 2009 gewährt. Der Grundsatz zeitnaher Geltendmachung findet dabei keine Anwendung; die Ansprüche aus den Nachzahlungszeiträumen sind auch noch nicht verjährt, vgl. BVerwG vom 20. Dezember 2010 (AZ.: 2 B 44/10).

2. Hinterbliebene Lebenspartner von Beamten und Richtern erhalten auf Antrag Hinterbliebenenversorgung nach folgenden Maßgaben:

a) Sterbegeld nach § 18 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) steht dem hinterbliebenen Lebenspartner zu, wenn der Beamte oder Richter am 7. Juli 2009 oder danach gestorben ist.

b) Hinterbliebene, deren Lebenspartner vor dem 1. Juli 2009 verstorben sind, erhalten Hinterbliebenenversorgung beginnend mit dem 1. Juli 2009.

c) Hinterbliebene, deren Lebenspartner am oder nach dem 1. Juli 2009 verstorben sind oder in Zukunft versterben, erhalten Hinterbliebenenversorgung mit Ablauf des Sterbemonats (§ 27 BeamtVG).

Der Grundsatz zeitnaher Geltendmachung findet hier ebenfalls keine Anwendung; die Ansprüche aus den Nachzahlungszeiträumen sind auch noch nicht verjährt, vgl. BVerwG vom 20. Dezember 2010 (Az.: 2 B 44/10).

3. Auslandsdienstbezüge nach den §§ 52 bis 58 BBesG sind an Beamte und Richter, die in eingetragenen Lebens-

partnerschaften leben, auf entsprechenden Antrag bereits rückwirkend ab 3. Dezember 2003 zu zahlen. Hierin folgt das Sächsische Staatsministerium der Finanzen einer (weiteren) Entscheidung des BVerwG vom 28. Oktober 2010 (Az.: 2 C 52.09).

Der Grundsatz zeitnaher Geltendmachung findet hier ebenfalls keine Anwendung; die Ansprüche aus den Nachzahlungszeiträumen sind auch noch nicht verjährt, vgl. BVerwG vom 20. Dezember 2010 (Az.: 2 B 44/10).

4. Besoldungsempfänger in einer Lebenspartnerschaft oder hinterbliebene Lebenspartner eines Besoldungsempfängers erhalten bei Vorliegen der für Verheiratete geltenden Voraussetzungen auf Antrag Umzugskostenvergütung rückwirkend zum 3. Dezember 2003.

Für die Anträge gilt eine Ausschlussfrist von einem Jahr nach Beendigung des Umzuges gemäß § 2 Abs. 2 des Sächsischen Umzugskostengesetzes; bei Auslandsumzügen zwei Jahre gemäß § 14 Bundesumzugskostengesetz.

5. Ebenso erhalten Besoldungsempfänger in einer Lebenspartnerschaft bei Vorliegen der für Verheiratete geltenden Voraussetzungen auf Antrag Trennungsgeld nach der Sächsischen Trennungsgeldverordnung (SächsTGB) rückwirkend zum 3. Dezember 2003.

Für die Anträge gilt gemäß § 9 Abs. 1 SächsTGV eine Ausschlussfrist von zwei Jahren nach Ablauf des Kalendermonats, für den das Trennungsgeld zusteht; bei Bezug von Auslandstrennungsgeld gilt ebenfalls eine Ausschlussfrist von zwei Jahren gemäß § 16 Abs. 1 Satz 1 Auslandstrennungsgeldverordnung.

6. Besoldungsempfänger in einer Lebenspartnerschaft erhalten auf Antrag eine Aufwandsentschädigung nach der Richtlinie über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung an Bundesbeamte in Fällen dienstlich veranlasster doppelter Haushaltsführung bei Versetzungen und Abordnungen vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (AER) vom 15. Dezember 1997 in der Fassung vom 29. März 2000 in demselben Umfang wie verheiratete Besoldungsempfänger ebenfalls rückwirkend zum 3. Dezember 2003.

Für die Anträge gilt eine Ausschlussfrist von zwei Jahren ab Dienstantritt im Ausland gemäß Abschnitt XIII AER.

**Schriftliche Beantwortung der Nachfrage zur Frage Nr. 5
des Abg. Heiko Kosel, DIE LINKE, aus der 58. Plenarsitzung**

Sven Morlok, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr: Auf die in der Fragestunde des Sächsischen Landtages am 14. Juni 2012 gestellte Frage "Gibt

es einen Zeithorizont in Ihrem Hause, bis zu dem die Prüfung abgeschlossen sein soll?" antworte ich wie folgt:

Um zu prüfen, ob trinationale Vorhaben gefördert werden können, muss zunächst der Rechtsrahmen für die Programme der grenzübergreifenden Zusammenarbeit feststehen. Wann die Verordnungen und delegierten Rechtsakte in Kraft treten, kann die Staatsregierung nicht ab-

schätzen. Zudem bedarf die Förderung trinationaler Vorhaben der Abstimmung mit den tschechischen und polnischen Programmpartnern.

Der Zeithorizont beläuft sich daher nach jetziger Einschätzung bis ins Jahr 2014.

HERAUSGEBER:

Sächsischer Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

www.landtag.sachsen.de

HERSTELLUNG:

Sächsischer Landtag
Parlamentsdruckerei
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935269
Fax: 0351-4935481

VERTRIEB:

Sächsischer Landtag
Informationsdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935341
Fax: 0351-4935488